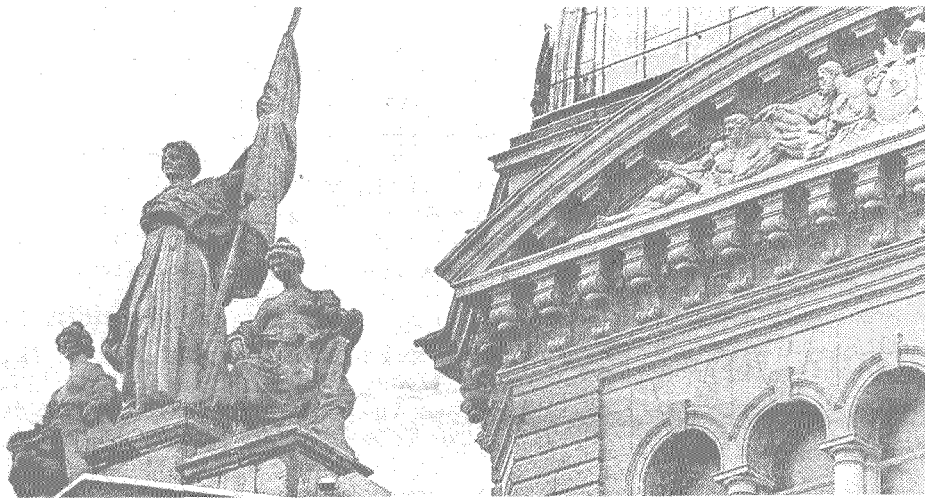


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Frau und Politik: Der Weg hat erst begonnen



Auf dem Bundeshaus thronen sie schon lange, in der schweizerischen Innenpolitik ist die Stellung der Frau trotz Stimm- und Wahlrecht und rechtlicher Gleichstellung weit weniger exponiert. (Photo ruti)

Tatsache ist, dass in der Schweiz Frauen in politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen stark untervertreten sind. Die Gründe dafür sind vielfältig. Als freisinnige Parteizeitung interessiert hier vor allem, was FDP-Frauen zu diesem Problembereich meinen und was eine Partei tun kann und soll, damit sich etwas ändert.

AMK Es ist offensichtlich, dass Frauen in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens stark untervertreten sind. Bekannt sind im politischen Bereich die Klagen der Parteien, es liessen sich für politische Ämter fast keine Frauen finden. Es gibt viele Gründe für diesen unbe-

friedigenden Zustand. Einerseits muss sicher festgestellt werden, dass männliche Strukturen, männliches Denken in der Schweiz dominieren. Männer haben die Normen gesetzt. Auch viele Frauen orientieren sich an diesem männlichen Stil, der ja auch a priori nicht abzulehnen ist. Andererseits stellt sich aber an die Frauen die Forderung, diesem Stil ihren eigenen entgegenzustellen. So wie jeder Mensch die Gesellschaft bereichert, indem er sein originales Denken und Fühlen einbringt, so bereichert die Frau das öffentliche Leben, indem sie aus ihrer Selbsterfahrung und Selbstwahrnehmung heraus politisiert und handelt. Das stellt an jede Frau (und jeden Mann) hohe Anforderungen. Zwanzig Jahre nach Einführung des Stimm- und Wahlrechts, zehn Jahre nach der Formulierung der Gleichberechtigung in der Bundesverfassung hat der Weg erst begonnen. □

Zwei Todesfälle



Der Freisinn hat in den Monaten Februar und März dieses Jahres zwei markante, aktive Politiker verloren. Im Alter von 63 Jahren starb der prominente Zürcher Nationalrat Richard Reich (rechts), der sich eben erst als Direktor der Wirtschaftsförderung zurückgezogen hatte. Mitten aus dem Ständeratspräsidium gerissen



wurde der Solothurner Max Affolter. Beide Parlamentarier waren starke Persönlichkeiten, liberale Köpfe, gründliche Arbeiter. Die FDP und die Öffentlichkeit hat zwei leidenschaftliche Kämpfer verloren.

Inhalt

- Zwanzig Jahre Frauenstimm- und -wahlrecht: ein Grund zum Jubeln? Das fragt Frau Landammann Cornelia Füg ab Seite 5
- Sechs Fragen an sechs Nationalrätinnen ab Seite 6
- Frau in Bildung und Beruf ab Seite 9
- Wo bleibt die Frau in unserer Volkswirtschaft? Provokantes ab Seite 10

Drei Millionen Albaner hungern nach Freiheit

Es dürfte nur noch eine Frage kurzer Zeit sein, bis sich die knapp drei Millionen Albaner vollends der kommunistischen Ketten entledigt haben werden. Die Frage ist aber, ob die Befreiung noch friedlich möglich sein wird. Im Februar gab es die ersten Toten in Tirana, als das Regime von Partei- und Staatschef Ramiz Alia auf Demonstranten schiessen liess.

◉ Jacques Baumgartner

Die Möglichkeit, dass ein Bürgerkrieg in diesem Balkanland ausbricht, ist noch nicht ganz auszuschliessen. Nach über vier Jahrzehnten hermetischer Abriegelung von der Aussenwelt hungern heute die Albaner nach Freiheit. Vor einem Jahr hatte Ramiz Alia, Partei- und Staatschef seit dem Tode von Enver Hodscha (Hoxa) 1985, eine vorsichtige Öffnung des bis dahin als «letzte Bastion des stalinistischen Kommunismus» in Europa geltenden Albanien angekündigt.

Vor allem der gewaltsame, blutige Sturz des rumänischen Diktators, Nicolae Ceausescu, im Dezember 1989 war dem KP-Regime in Tirana in die Knochen gefahren. Es gab – und gibt sie noch – Anzeichen dafür, dass sich ähnliches in Albanien wiederholen könnte.

Nach tagelangen Protesten der Studenten vor vier Monaten musste das Zentralkomitee der herrschenden Arbeiterpartei die Bildung anderer politischer Parteien zugestehen. Auf der kurzen Sitzung des Zentralkomitees am 11. Dezember in Tirana wurden kurzerhand sechs langjährige Politbüromitglieder ihrer Posten enthoben und in einer Verlautbarung «eine weitergehende Demokratisierung des politischen Lebens Albanien» verkündet.

Wahlen?

Das Regime, so scheint es, hat von den Kommunisten in anderen in Richtung Demokratie aufgebrochenen osteuropäischen Staaten gelernt. So wurde das in der Verfassung von 1976 verankerte Religionsverbot aufgehoben. Freie Wahlen sind angekündigt.

Die kleine Clique der KP-Nomenklatura scheint keinen Einfluss mehr auf die stürmischen Ereignisse und die Entwicklung zu haben. Die Militärführung könnte versucht sein zu putschen. Aber im Februar verbrüderten sich Soldaten und Polizisten mit Demonstranten, die in Tirana die Statue von Enver Hodscha, dem ersten kommunistischen Staatschef und «Diktator Albanien auf Lebenszeit», unter dem Freudengeschrei von hunderttausend Menschen von ihrem Sockel stürzten.

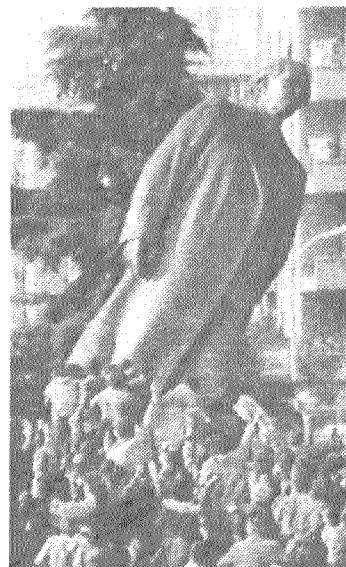
Koalitionsregierung?

Noch vor wenigen Monaten hatte sich Ramiz Alia für das Prinzip der Einparteiensherrschaft stark gemacht. Er hatte unentwegt beteuert, die Welle der Revolution, die über Ost-

europa hereinbrach, könne die Gebirge Albanien nicht überwinden. Dass auch die Skiptaren, die Söhne der Adler, wohl bald flüchte werden würden, stand aber schon im Mai 1990 fest, als das Einparteiparlament in Tirana ein Gesetz verabschiedete, wonach ein jeder Albaner ein Reisedokument erhalten werde und frei in das Land seiner Wahl reisen dürfe.

Doch statt Pässe zu erhalten, hatten ausreisewillige Albaner vorerst Prügel von der Polizei bezogen. Das führte zum Protest und letztlich zum Sturm auf ausländische Botschaften. Eilends entledigte sich Alia alter Kampfgenossen noch aus der Zeit von Hodscha. Alia gelobte, demokratische Reformen rascher zu verwirklichen, aber wollte am Kommunismus festhalten, zumindest auf Zeit.

Kommt es zu den freien Wahlen, so dürften die Kommunisten ihr Machtmonopol verlieren. Denkbar ist aber auch, dass sich die Albaner, wie das im vergangenen Juni in Bulgarien der Fall war, aus Angst vor einem zu raschen Wandel für die alten Macht-



Unter dem Freudengeschrei von hunderttausend Menschen stürzten Demonstranten in Tirana die etwa zehn Meter hohe Statue von Enver Hodscha, dem ersten kommunistischen Staatschef und «Diktator Albanien auf Lebenszeit». (Photo Keystone)

haber entscheiden. Alia hat bereits angekündigt, er wolle nach den Wahlen eine Koalitionsregierung unter Mitarbeit aller Parteien bilden.

Zuversicht

Die Albaner, Nachfahren der Illyrer (Albanoi), die sich vor 3000 Jahren in dem Gebiet an der Adria niederliessen, sind heute zuversichtlich, dass die Militärs kaum noch jemanden finden werden, der noch bereit sei, für das abgewirtschaftete Regime, für die alten Zustände zu kämpfen und sein Leben zu riskieren. □

Eine habsburgische Renaissance?

Auf dem Balkan bilden sich die Konturen neuer Bündnisse. Sie stehen auch für das Auseinanderfallen des jugoslawischen Vielvölkerstaates.

Italien (Hafen von Triest) und *Österreich* (slawische Minderheit) wenden sich *Slowenien* zu.

Ungarn stellt sich hinter *Kroatien* sogar mit Waffenlieferungen «zu Polizeizwecken» an die Nationalgarde des kroatischen Präsidenten Frantscho Tudschman. Für Budapest ist Kroatien «natürliches Bollwerk» gegen Gross-Serbien-Ambitionen von Slobodan Milosevic, dem serbischen Republikpräsidenten. Ausserdem, die Unterstützung für Kroatien ist Ermahnung an die Serben, die

ungarische Minderheit in der Wojwodina nicht zu schikanieren.

Rumänien wiederum steht auf der Seite der *Serben*. Es will damit Klagen aus Budapest über die Benachteiligung der zwei Millionen Ungarn in Transsylvanien «abblocken». So galt auch die erste Auslandsvisite des rumänischen Präsidenten, Ion Iliescu, seinem Nachbarn Milosevic. Beide sind Altkommunisten in neuem Gewand. Iliescu ist an einer Kooperation mit der serbisch dominierten jugoslawischen Armee gelegen.

Auch *Bulgarien* und *Griechenland* sind einander nähergerückt. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes, dem Bulgarien angehörte, gewinnt ein 1986 zwischen Sofia und Athen geschlossenes Sicherheitsabkommen

neue Bedeutung. Beide sorgen sich wegen der Türkei, dem «historischen» Feind, die Bulgaren zusätzlich, weil sie eine türkische Minderheit von über einer Million Menschen haben.

Albanien, einziger europäischer Moslem-Staat, hat in der Türkei seinen Fürsprecher gefunden. In Ankara wird kalkuliert, dadurch bulgarische und griechische Truppen im Westen, fern der Grenze zur Türkei, binden zu können.

Die Sympathie der *Sowjetunion* gilt wiederum den Serben ... womit die sich abzeichnenden oder schon eingegangenen Bündnisse auf dem Balkan nahezu identisch sind mit den vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 existierenden Allianzen. Eine habsburgische Renaissance? J. B.

Walter Kägi: Unter anderem Präsident des Schweizer Ruderverbandes

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass die Menschen aller Länder sich gegenseitig näherkommen. Ich sage das trotz Golfkrieg und Nordirland.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Überbevölkerung. Der Homo sapiens hat bis jetzt seine Reifeprüfung nicht bestanden. Ein Verteilungskampf über die Ressourcen dieser Erde ist, wenn es so weitergeht, nur eine Frage der Zeit.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Uhr (neben andern gleich wichtigen); die Droge.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Das Einwirken von Gedanken- gut aus verschiedenen Kulturen; die Vielsprachigkeit.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der fehlende Wille, etwas Grosses anzupacken. Kompro-

misse, Zurückhaltung und wenig Mut bringen Mittelmass.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Nicht Mehrheiten, sondern Herrschende zementieren (vgl. Osten). Jede Idee entstammt einer Minderheit. Erfolgreich ist sie aber nur, wenn sie gut ist und die Mehrheit überzeugt.

Warum sind Sie bei der FDP?

Toleranz, Offenheit, Eigenverantwortung. Ich wehre mich, dass die FDP als blosse Wirtschaftspartei abgestempelt wird.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Bush für seine entschlossene und weise Haltung im Golfkrieg.

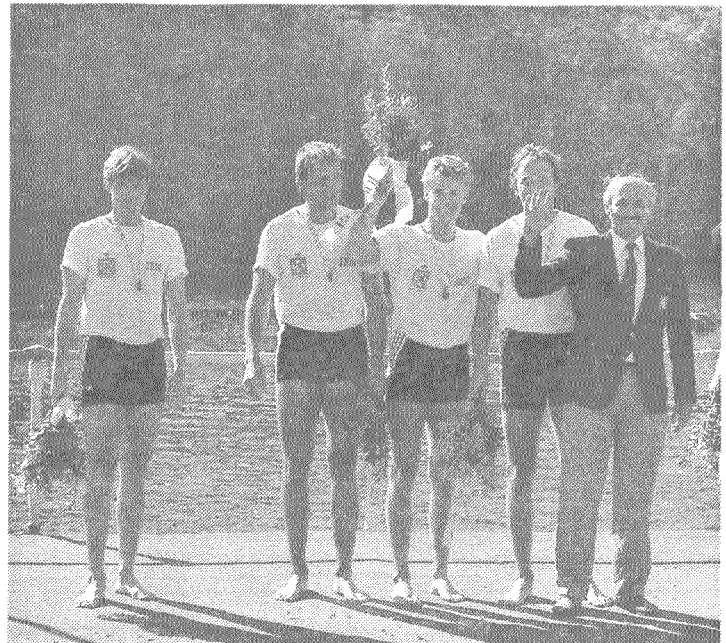
Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Alter: 55

Berufliche Stationen: 1961 Hochschulabschluss als Jurist; dann 3 Jahre Tätigkeit als Gerichtsschreiber und ab 1964 selbständiger Anwalt in St. Gallen.

Politischer Werdegang: 1968 bis 1972 Gemeinderat Rorschach, seit 1972 Mitglied des Grossen Rates im Kanton St. Gallen, die letzten vier Jahre Fraktionschef der FDP-Fraktion.

Liebste Tätigkeit: Ich habe Freude am Beruf und an meinem Hobby, dem Rudern. Auch mein Garten kommt nicht zu kurz. □



Besonders freuen konnte sich der Präsident des Schweizerischen Ruderverbandes und FDP-Politiker aus dem Kanton St. Gallen, Walter Kägi (rechts), als die Schweizer an den Ruder-Weltmeisterschaften Ende 1990 die Silbermedaille gewannen.

Durch klare Stellungnahmen und Handeln aus eigener Überzeugung (keine Ja-aber-Politiker, keine Nassfinger-Politiker = wie komme ich am besten an).

Was fällt Ihnen zum Thema Frauen und Männer ein?

Gleichberechtigung sollte die natürlichste Sache sein. Hoffentlich beurteilt man eine Partei nicht darnach, wieviel sie von Gleichberechtigung redet.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Hier lasse ich meine Frau reden: Zu inkonsequent mit den Kindern. Ausgeglichenheit.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Manesse-Bibliothek, «Irische Erzählungen» (ein Nacherleben von Irland-Ferien).

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Rudern!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Eigentlich bin ich recht zufrieden mit dem, was ich tun kann.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Jean-Pascal Delamuraz, den Profipolitiker mit Freizeitlook. Ich würde gerne mit ihm über das Verhältnis Schweiz - Europa diskutieren. □

Kurzbiographie

Walter Kägi

Zur Person: Ich bin in der Ostschweiz verwurzelt (in Uzwil geboren, in der Region Rorschach seit 1961 wohnhaft, in St. Gallen habe ich meinen Arbeitsort). Die Ostschweiz ist aber nicht mein Schneckenhaus; ich will offen sein gegenüber der gesamten Schweiz und unserm europäischen Lebenskreis, und ich will mich dafür auch engagieren. Aus solchen Überlegungen habe ich auch das Amt des Präsidenten des Schweizerischen Ruderverbandes übernommen.

Grosse Schweizerinnen und Schweizer

Anna-Marie Kappeler

Hundert Porträts bedeutender Schweizerinnen und Schweizer hat der Gut-Verlag in Stäfa zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft in einem imposanten Band herausgebracht. Nachdem in einem ersten Teil der Buchbesprechung (siehe «Freisinn» Nr. 2/91) die ersten fünfzig Porträts summarisch vorgestellt wurden, soll nun ein Überblick über die restlichen Porträts gegeben werden. Wiederum gilt das Augenmerk vor allem Persönlichkeiten, die im weitesten Sinn politisch wirkten. Besonders interessiert, welche Frauen aufgeführt sind.

Entdeckungsreise

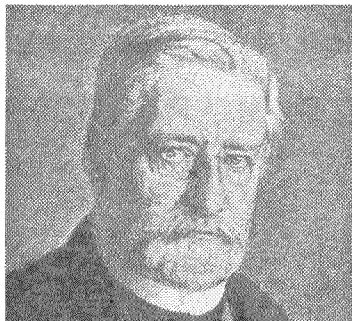
Neben bekannten Namen wie Henry Dunant, Ulrich Wille, Henri Guisan, Carl Spitteler, Gottlieb Duttweiler oder Friedrich Traugott Wahlen stösst man im Buch immer wieder auf Namen, die man zwar schon gehört hat, von denen man dann aber doch nichts Genaueres weiss. Diese Entdeckungsreise fällt natürlich individuell unterschiedlich aus. Hier sollen vorgestellt werden: Carl Hilty, Eugen Huber, Max Huber und Denis de Rougemont.

Bei den Frauen fällt die Auswahl leichter, sind es doch gerade fünf, die in diesem zweiten Teil der hundert Porträts aufgeführt werden: Susanna Orelli, Verena Conzett, Else Züblin-Spiller, Regina Kägi-Fuchsmann und Gertrud Kurz.

Professoren

Ist es Zufall, dass alle der hier ausgewählten grossen Schweizer unter anderem auch Professoren waren? Sicher hatten die Stimmen von Professoren früher stärkeres Gewicht als heute. Das Ansehen war grösser, die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Fragen selbstverständlicher.

Carl Hilty (1833–1909) war Professor für allgemeine Staatslehre und Staatsrecht an der Universität Bern. Ausserdem war er Nationalrat, juristischer Berater des Bundesrates, Vertreter der Schweiz im Haa-

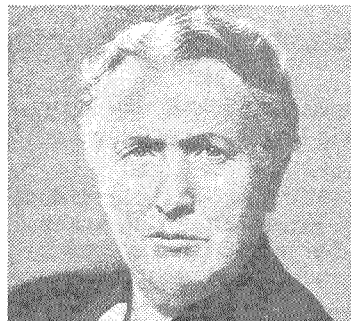


Eugen Huber.

ger Schiedsgericht, Oberauditor der Armee, Herausgeber des politischen Jahrbuches. Weltbekannt war er als Laientheologe, unlängst erst ist eine seiner Schriften, «Glück», wieder aufgelegt worden.

Eugen Huber (1849–1923) ist bekannt als der Schöpfer des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB), dessen Form und dessen Systematik bis heute für die Gesetzgebung beispielhaft sind. Bis es so weit war, durchlief Huber verschiedene berufliche Stationen, seine finanziellen Verhältnisse waren oft sehr schlecht. So war Huber unter anderem Bundeshauskorrespondent der NZZ, NZZ-Chefredaktor (von diesem Posten trat er zurück, weil sein Verständnis für den Sozialismus nach Ansicht der NZZ-Trägerschaft zu weit ging), Verhörer und Polizeidirektor im Kanton Appenzel Ausserrhoden, schliesslich Professor an der Universität Basel, später an der Universität Bern. Als Nationalrat und Kommissionsreferent konnte Huber sein Werk, das ZGB, vor der grossen Kammer selbst vertreten.

Ein anderer grosser Schweizer trägt den Namen Huber. Max Huber (1874–1960) wurde die «Graue Eminenz» des Bundesrates genannt. Max Huber war der Inspirator der schweizerischen Aussenpolitik. An der Universität Zürich lehrte er Staats-, Völker- und Kirchenrecht. 1907 wird er der aussenpolitische Berater des Bundesrates und mit der Ausarbeitung aller Abkommen und eidgenössischen Staatsverträgen betraut. Huber ist an der Gestaltung des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg massgeblich beteiligt. Von 1924 an ist er Präsident des



Else Züblin-Spiller.

internationalen Gerichtshofes in Den Haag, ab 1928 Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). 1944 erhält er den Friedensnobelpreis, den er dem IKRK zuwendet. Noch heute fasziniert Hubers Glaube an die Kraft des Rechtsdenkens auf internationaler Ebene.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Europa-Diskussion sei schliesslich noch an den grossen Europäer aus Neuenburg, Denis de Rougemont (1906–1985), erinnert. Während des Zweiten Weltkrieges schickte ihn die Schweiz in diplomatischer Mission nach New York. Dort entdeckte Rougemont seine europäische Vision: das Europa der Regionen. Eine Idee, die Folgen haben sollte.

Tatkräftige Frauen

Bei den fünf Frauen, die im zweiten Teil des Buches vorgestellt werden, fallen das grosse soziale Engagement und die organisatorische Leistung besonders auf.

Susanna Orelli (1845–1939) fand ihre Aufgabe im Kampf gegen den Alkohol. Sie wurde die Seele des «Zürcher Frauenvereins für alkoholfreie Wirtschaften».

Auch Verena Conzett (1861–1947) war angesichts der sozialen Not um die Jahrhundertwende eine Vorkämpferin. Textilarbeiterin, überzeugte Sozialistin, gefragte Rednerin besonders für Versicherungsfragen, nach dem Tod ihres Mannes schliesslich erfolgreiche Unternehmerin: das sind die Stationen ihres reichen Lebens.

Else Züblin-Spiller (1881–1948) ging in die Schweizer Geschichte als die Gründerin der Soldatenstuben ein. Ihrer



Regina Kägi-Fuchsmann.

Initiative ist auch die «Wehrmannsfürsorge» zu verdanken, aus der schliesslich die Lohn- und Verdienstersatzordnung im Zweiten Weltkrieg wird. Zuvor hatte Else Züblin-Spiller ihr Ideal bei der Heilsarmee gefunden, für die sie sich journalistisch einsetzte. Nach dem Ersten Weltkrieg initiierte sie den «Verband Volksdienst», der bis heute in Kantinen und Gaststätten für eine gesunde, preiswerte Ernährung sorgt.

Als Flüchtlinge, Sozialdemokraten und Gewerkschafter 1933 bei Regina Kägi-Fuchsmann (1889–1972) in Zürich Unterkunft suchten, kann die zuvor schon vielfältig sozial tätige Frau die Aufgaben nicht mehr allein bewältigen. Das «Schweizerische Arbeiterhilfswerk» entsteht. Später sensibilisiert Regina Kägi-Fuchsmann die Schweizerinnen und Schweizer für die Not in den Entwicklungsländern. Aus dem von ihr präsidierten «Schweizerischen Hilfswerk für ausser-europäische Gebiete» (SHAG) wird später die Helvetas.

Asylpolitisch engagiert ist auch Gertrud Kurz (1890–1972). Mit einem Glauben, der Berge versetzen konnte, setzte sie sich im Zweiten Weltkrieg für Flüchtlinge ein. Später arbeitete sie für die Versöhnung von Menschen ehemalig verfeindeter Staaten. □

Grosse Schweizer und Schweizerinnen

Erbe als Auftrag. Hundert Porträts. Herausgegeben von Erwin Jaeckle und Eduard Stäubli. 752 Seiten, mit einer Farbtafel und 107 zum Teil ganzseitigen Abbildungen. Fr. 75.– Verlag Th. Gut & Co., 8712 Stäfa.



Wer dominiert in der Schweiz die öffentliche Auseinandersetzung? Dass drei Frauen auf dem Bundeshaus thronen, kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass nach wie vor Männer die meisten Sitze in Politik und Wirtschaft einnehmen.

(Photos Michael Stahl/ruti)

Ein Grund zum Jubeln?

Vor zwanzig Jahren wurde auf eidgenössischer Ebene das Frauenstimm- und Wahlrecht eingeführt. Damit wurde ein wichtiges Menschenrecht auch für die Schweizerinnen verwirklicht.

**Regierungsrätin
Cornelia Füeg**

Dieser Schritt in Richtung Gleichberechtigung war das Ergebnis jahrelanger Bemühungen engagierter, mutiger Frauen, die bis ins vorige Jahr-

hundert zurückreichen. Vor zwanzig Jahren glaubten die politisierenden bürgerlichen Frauen, dass vor allem die Berufsangabe «Hausfrau» oder Engagement in sozialen oder medizinischen Bereichen zu besten Wahlchancen ver helfe. Das traditionelle Frauenbild war gefragt. Auch damals zeigte sich deutlich, dass Erfolg durch Anpassung an die bestehenden (von Männern geprägten) gesellschaftlichen Strukturen erreicht werden sollte.

Im Verlauf der Jahre stellte sich allerdings heraus, dass für politische Mandate vor allem auch berufliche Qualifikationen



Regierungsrätin Cornelia Füeg, dieses Jahr Frau Landammann, leitet im Kanton Solothurn das Bau- und Justizdepartement.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

gefragt sind. Verlangt wird von Politikerinnen, dass sie nicht nur gute Hausfrauen und Mütter, sondern auch kompetent in Sachfragen sind. Man erwartet von der Politikerin sogar, dass sie ihre Sache im Vergleich zu den Männern gut oder noch besser macht. Dieses Anforderungsprofil, unbewusst am männlichen Leistungsprofil orientiert, bewirkt, dass sich viele Frauen überfordert fühlen oder es nicht wagen, ihre eigene originelle Denkweise in die Politik einzubringen.

Bequeme Ausrede

Eine der empfindlichsten Schwachstellen in der Verwirklichung der Gleichberechtigung ist der Vorwurf der mangelnden Frauensolidarität. Tatsächlich könnte man sagen, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung besteht doch aus Frauen, wenn sie nur wollten...

Für die Männer ist dieser Vorwurf eine bequeme Ausrede, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die Frauen seien eben Rivalinnen um die Anerkennung und Gunst der Männer, ist eine weitere Erklärung für mangelnde Frauensolidarität. Aber was hat die Beziehung zwischen den Geschlechtern mit den Bemühungen um Gleichberechtigung innerhalb der Geschlechter zu tun?

Frauen können in Sachfragen durchaus verschiedene Ansichten haben; aber in Fragen der Gleichberechtigung hätten sie eigentlich das gleiche Ziel zu verfolgen, vorausgesetzt, sie nehmen sich nicht durch die Definition der Männer wahr.

Beispiele

Ein erfreuliches Beispiel aus der jüngsten Geschichte ist die Abstimmung über das neue Eherecht. Die Analyse des Abstimmungsergebnisses hat ergeben, dass dieses sehr umstrittene Gesetz massgeblich auf Grund der Zustimmung der Frauen angenommen wurde.

Meine Wahrnehmungen vor allem in bürgerlichen Frauenkreisen bestätigen dieses Ergebnis. Ich habe festgestellt, dass noch nie zuvor so viele Frauen anders stimmten als ihre Männer.

Das Durchsetzungsprogramm zur Verwirklichung der Gleichberechtigung geht nur zögernd voran. Nach Einführung des Gleichberechtigungsartikels wurde denn auch zuerst der Ruf nach dem Abbau strukturbedingter Vorteile der Frauen (AHV-Alter, Militärdienstpflicht) laut und nicht nach der Ausmerzung der Ungleichheiten, die sie benachteiligen.

Die bevorstehende 10. AHV-Revision, einst als Revision für die Frauenanliegen bezeichnet, reduziert sich auf das Beheben von Nachteilen, die heute den Mann betreffen – Einführung der Witwer-Rente und des flexiblen Rentenalters für den Mann ab 62. Nicht Eingang fanden die von den Frauen als wichtigstes Postulat verlangte zivilstandsunabhängige Rente sowie die Berücksichtigung der unentgeltlichen Erziehungs- und Betreuungsarbeit, die Frauen während Jahren leisten. Der Grund: Die Revision soll kostenneutral sein. Gleichberechtigung ja – aber sie darf nichts kosten!

Beim Festlegen der finanzpolitischen Prioritäten bleiben die Frauenanliegen auf der Strecke. Frauenanliegen mit Kostenfolge haben dann Chancen, ohne Wenn und Aber verwirklicht zu werden, wenn sie ins wirtschaftspolitische Umfeld passen. Kinderhorte z. B. als Hilfe für berufstätige Mütter werden von Staates wegen dann eingerichtet, wenn es gilt, dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzutreten.

Feststellung

Trotz Stimm- und Wahlrecht und langsam voranschreitender Gleichberechtigung ist das gesellschaftspolitische Umfeld immer noch oder vor allem durch männliches Denken geprägt. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Es liegt an den Frauen, sich auf ihre eigenen Bedürfnisse zu besinnen und die eigenen politischen Schlüsse daraus zu ziehen, unabhängig vom Urteil der Männer. Das erfordert allerdings ein grosses Mass an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Nur so können sie ihrem ureigensten Wesen treu bleiben, ihre eigenen politischen Urteile fällen und in echter Partnerschaft mit den Männern eine gleichberechtigte Gesellschaft verwirklichen. □

Dominieren in der FDP die Männer?

Sechs Frauen sind auf Bundesebene in der FDP-Fraktion vertreten. Das sind rund neun Prozent der insgesamt 66 Parlamentarier zählenden freisinnigen Fraktion. Damit liegt der Frauenanteil in der FDP-Fraktion tiefer als im Parlament: Im Nationalrat beträgt er rund 15 Prozent, im Ständerat knapp 11 Prozent. Der «Freisinn» stellte den sechs FDP-Nationalrätinnen sechs Fragen zum Thema Frau und Politik.

«Männer dominieren»

Interviews:
Anna-Marie Kappeler

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Rosmarie Antille: «Das Thema (Frau und Politik) sollte ein überholtes Thema sein, da wir das Frauenstimmrecht seit zwanzig Jahren, den Verfassungsartikel (Gleiche Rechte für Mann und Frau) seit zehn Jahren haben. Für eine Frau aber heisst politisieren immer noch, dass sie mit unzähligen Schwierigkeiten der Organisation und Verwaltung konfrontiert wird. Diese Probleme hat der Mann nicht, und die freisinnige Partei sieht nicht danach aus, sich um diese Art von Schwierigkeiten zu kümmern.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?

Rosmarie Antille: «Die Dominanz der Männer in der FDP ist offensichtlich. Die FDP ist vielleicht die Partei, die sich am wenigsten um die Gleichberechtigung bemüht. Das ist für uns Frauen aber auch politisch bedauerlich. Ich glaube sagen zu können, dass generell das Bild der freisinnigen Partei bei den Frauen und bei den Jungen nicht gut ist.»

Was fasziniert Sie an der Politik?

Rosmarie Antille: «Was mich an der Politik fasziniert, ist, am öffentlichen Leben meines



FDP-Nationalrätin Rosmarie Antille, Monthey VS.

Landes teilnehmen zu können, wirtschaftlich, politisch und sozial. Indem ich politisiere, habe ich den Eindruck, meinen kleinen Beitrag zur Gestaltung der Schweiz zu leisten.»

Das Selbstbewusstsein der Frauen in der Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?

Rosmarie Antille: «Die wirtschaftliche und politische Schweiz hat die Bedeutung der Frau in der Gesellschaft noch nicht wahrgenommen. Ich habe den Eindruck, dass sich dieses Land dadurch um einen Reichtum bringt, der für die ganze Gesellschaft wichtig wäre. Klischeevorstellungen herrschen bei uns noch vor wie bei der Folklore. Das bedeutet, dass sich auch in der Einstellung die Dinge nur wenig verändert haben. Meiner Ansicht nach müssen die Parteien und auch die Gesetze

positive Massnahmen zugunsten der Frauen vornehmen, um den Prozess der Integration der Frauen zu beschleunigen.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Rosemarie Antille: «In der Frage der Quotenregelung meine ich, dass die Parteien als Übergangsmassnahme Quoten fixieren sollten, bis sich die Beteiligung der Frauen von selbst einspielt. Schauen Sie zum Beispiel die SP an, sie geht so vor, und die Anzahl der gewählten Frauen ist viel höher. Aber ich teile die Meinung derjenigen nicht, die wollen, dass das Parlament aus gleichviel Männern und Frauen zusammengesetzt ist. Das wäre künstlich.»

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Rosemarie Antille: «Nein, ich werde am 14. Juni nicht streiken. Als Lehrerin habe ich dazu kein Recht. Die Ausgangslage ist also klar. Ich finde es allerdings normal, dass am 14. Juni etwas passiert. Streik scheint mir nicht unbedingt die beste Möglichkeit, das zu sagen, was nicht geht. Aber ich begreife, dass die Frauen die Geduld verlieren.» □

«FDP bürgt für Partnerschaft»

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Susi Eppenberger: «Für mich war und ist es kein politisches Thema im engeren Sinn. Dass man sich aber in der Gesellschaft Gedanken macht über die veränderte Stellung der Frau, finde ich richtig. Es sensibilisiert uns alle für ein wichtiges gesellschaftspolitisches Problem.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?

Susi Eppenberger: «Nein – FDP bürgt für Partnerschaft! Aber ich erlaube mir eine etwas (appenzellische) Bemerkung: Wenn es um die Verteilung von Privilegien geht, dominieren die Männer aller Parteien nach wie vor mehr, als

«Frauenarbeit neu bewerten»

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Geneviève Aubry: «Meiner Ansicht nach ist die Frau gegenwärtig gut in die politische Welt integriert, auch wenn sie in der Minderheit bleibt. Wenn wir die Mutterschaftsversicherung, die Verwirklichung der Frauenanliegen in der AHV und die Gleichstellung der Frauen in der Berufswelt erreicht haben werden, sollte es keine spezielle Frauenpolitik mehr geben.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?

Geneviève Aubry: «Ja, und es ist sehr schwierig, sich einen gleichen Platz, wie ihn die Männer haben, zu erkämpfen. Sie suchen immer noch und immer wieder Kommissionen aus, die sie selbst wichtig machen, selbst wenn sie dann keine Zeit finden, an den Sitzungen teilzunehmen.»

Was fasziniert Sie an der Politik?

wenn es um die Verteilung von Arbeit und Pflichten geht. Dort überlassen sie das Feld lieber den Frauen!»

Was fasziniert Sie an der Politik?

Susi Eppenberger: «Das Mitmachen in der Öffentlichkeit, das Tragen von Verantwortung, das Teilhaben an der Macht ist auch für uns Frauen etwas Befriedigendes und Faszinierendes. Nicht zuletzt sind es aber auch die persönlichen Kontakte und Freundschaften über alle Meinungsdivergenzen hinaus, die für mich eine Bereicherung sind.»

Das Selbstbewusstsein der Frauen in der Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?

Geneviève Aubry: «Etwas zu bewegen. Zu versuchen, Probleme zu lösen und mitten in den Ereignissen unserer Zeit zu stehen. Mich immer wieder für Gerechtigkeit, Sicherheit und für die Erhaltung der Werte, die den guten Ruf unseres Landes begründet haben, einzusetzen.»

Das Selbstvertrauen der Frauen in der Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?

Geneviève Aubry: «Ich glaube, dass sich die Frau in der Schweiz ihres Wertes dank ihrem Bildungsniveau bewusst ist. Aber sie wählt immer weniger die Politik als Betätigungsfeld, sondern zieht die berufliche Karriere oder die Familie vor.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Geneviève Aubry: «Nein, für mich wäre es nicht demokratisch, den Wählerinnen und Wählern eine solche Einschränkung aufzuerlegen. Es wäre zudem unmöglich, sie



FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry, Tavannes BE.

anzuwenden. Die Forderung nach einer Quotenregelung ist auch ein wenig Wahlwerbung der linken Parteien, die die Gunst der Frauen gewinnen möchten. Wählen heisst, dass der oder die Beste gewinnt.

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Geneviève Aubry: «Da ich Selbständigerwerbende bin, hiesse das mich selber strafen. Aber ich unterstütze moralisch diejenigen Frauen, die streiken, weil man die Arbeit der Frauen neu bewerten und zeigen muss, welchen Platz sie einnehmen. Wie viele Dinge würden ohne uns nicht funktionieren!» □



FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger, Wildhaus SG.

Susi Eppenberger: «Wenn Frauen nicht behütet, sondern gefordert und ernst genommen werden, bessert sich ihr Selbstvertrauen ganz natürlich. Jüngere Frauen, die bereits chancengleiche Ausbildungen genossen und durch ihre Eltern ohne geschlechtsspezifisches Rollendenken auf Selbständigkeit und Partnerschaft erzogen wurden, sind schon viel selbstbewusster.

Wir müssen den Frauen ein Mitmachen im Berufsleben und in der Öffentlichkeit bewusst erleichtern (z. B. durch Teilzeitarbeit, Tagesschulen usw.) und mit dem falschen Vorurteil aufräumen, dass «Frauen der Öffentlichkeit» schlechtere Mütter und Partnerinnen seien.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Susi Eppenberger: «Ich bin gegen Quotenregelung, weil sie zwei Klassen von Frauen schafft: solche, die ohne Quotenregelung dank Leistung etwas erreichen, und andere, die das eher dem Frausein verdanken. Ich möchte mich ungern bei der zweiten Kategorie einordnen lassen!»

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Susi Eppenberger: «Nein – ich müsste meine Arbeit einfach am nächsten Tag machen!» □

«Wer will, kann auch Einfluss ausüben»

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Trix Heberlein: «Frau und Politik ist immer noch ein Thema, weil viel zu wenig Frauen aktiv in der Politik mitmachen. Politisieren ist für viele Frauen wenig attraktiv. Sich der Kritik aussetzen, öffentlich auf Ablehnung zu stossen, davor schrecken viele zurück. Notwendig ist die Unterstützung durch Frauen und Männer, auch durch die «eigenen» Männer zu Hause. Erst wenn man nicht mehr feststellen muss: «Wir sollten doch noch eine Frau auf der Liste haben», sondern die Mitwirkung selbstverständlich ist, wäre Frau und Politik kein Thema mehr.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?

Trix Heberlein: «Zahlenmässig mag das nach aussen so aussehen. Gemäss meinen politischen Erfahrungen haben Frauen aber wichtige Funktionen in Partei und Fraktion, in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Ihre Leistung ist anerkannt, wer will, kann auch Einfluss ausüben.»

Was fasziniert Sie an der Politik?

Trix Heberlein: «Auf kantonaler und kommunaler Ebene fand ich es bis heute faszinierend, mitgestalten zu können, Entscheide zu erarbeiten und auch realisieren zu helfen. Gemeinde, Kanton und Bund gehen mich als Bürgerin etwas an. Wie die Zukunft aussieht, lässt mich nicht gleichgültig. Politisieren bedeutet auch Kontakt mit Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und Regionen. Sie kennenzulernen, ihre Ansichten zu erfahren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen ist für mich eine wertvolle Erfahrung und Herausforderung.»

Das Selbstbewusstsein der Frauen in der



FDP-Nationalrätin Trix Heberlein, Zumikon ZH.

Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?

Trix Heberlein: «Stimmt für viele Frauen, da Erziehung und Schule immer noch zu stark im Rollendenken verhaftet sind. Sich eine Meinung zu bilden, zu dieser zu stehen – auch in der Öffentlichkeit –, sich auszudrücken, mündlich und schriftlich, wird zu wenig gefördert. Vorbilder und Motivation durch andere Frauen, Unterstützung und Förderung durch Partei, Frauengruppe usw. sind mögliche Massnahmen.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Trix Heberlein: «Nein. Quotenregelungen lösen die erwähnten Schwierigkeiten nicht, im Gegenteil. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass sich auch so nicht genügend Frauen finden lassen. Quantität statt Qualität ist wenig sinnvoll. Bewusste Nachwuchsförderung und Miteinbezug der Frauen auf allen Ebenen tragen mehr bei zu besserem Selbstbewusstsein und Motivation zum Einsteigen in die Politik als «Quotenfrauen.»

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Trix Heberlein: «Nein.» □

«Frauen haben Verstärkung nötig»

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Lili Nabholz: «Selbstverständlich ja. In der Politik geht es um die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Ideen und Interessen. Jede aktive Politik setzt Engagement und Parteinahme voraus. Frauen sind eine Interessengruppe mit spezifischen Bedürfnissen und Anliegen. Frauen sehen zudem auf Grund ihres weiblichen Erfahrungshintergrundes manches anders als Männer. Um dies zum Tragen zu bringen, haben sie im politischen Kräftemessen – wo sie nach wie vor untervertreten sind – Verstärkung nötig. Das setzt entsprechende Aktivitäten voraus.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?

Lili Nabholz: «Ja.»

Was fasziniert Sie an der Politik?

Lili Nabholz: «Politik ist nicht einfach nur Machtkampf, auch wenn es beim Ausmarchen unausweichlich immer Stärkere und Schwächere gibt. Ich verstehe Politik vielmehr als Sorge um unsere staatliche Gemeinschaft und um die Gestaltung des Zusammenlebens in dieser Gemeinschaft. Als Frau bin ich ein Teil dieses Ganzen. Es ist mir daher nicht gleichgültig, was, wie und aus welcher Optik etwas in diesem Staat geschieht. Mich damit aktiv auseinanderzusetzen, für eine Idee oder Sache, von der ich überzeugt bin, einzustehen ist packend, auch wenn hin und wieder Frustrationen, Rückschläge und Niederlagen in Kauf zu nehmen sind.»

Das Selbstbewusstsein der Frauen in der Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?



FDP-Nationalrätin Lili Nabholz, Zollikon ZH.

Lili Nabholz: «Leider trifft es zu, dass Frauen (mit allen individuellen Unterschieden) oft ein schwaches Selbstwertgefühl haben. Ein Allheilmittel dagegen gibt es nicht. Ich meine aber, dass alle Massnahmen, die auf eine bessere gesellschaftliche Integration der Frauen, auf die Schaffung von Chancengleichheit und mehr Gleichberechtigung ausgerichtet sind, mithelfen, ihnen den Rücken individuell und als soziale Gruppe zu stärken.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Lili Nabholz: «Ich bin skeptisch gegenüber gesetzlich starr vorgeschriebenen Quoten, weil diese die Wahlfreiheit einschränken. Ich befürworte indes Quoten, wenn sie im Sinne einer Selbstbindung, z. B. als Zielvorgaben, in Statuten, Frauenförderplänen, Personalplanung, Leitbildern usw. eingeführt werden und damit zu Massnahmen führen, den Frauenanteil zu heben.»

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Lili Nabholz: «Nein. Ich bin von einer Arbeitnehmerorganisation am 14. Juni für ein Referat aufgeboden worden.» □

«Freiwillige Quoten als Zielvorgabe»

Frau und Politik: Ist das überhaupt noch ein Thema?

Vreni Spoerry: «Das ist von mir aus gesehen immer ein Thema. Die Frauen sind Teil unserer Gesellschaft und haben somit den Wunsch, aber auch die Pflicht, die Verantwortung für diesen Staat und diese Gesellschaft mitzutragen. Weil die Mitwirkung der Frau in der Politik noch nicht überall selbstverständlich ist und auch von vielen Frauen nur zögernd angegangen wird, braucht es weiterhin Aufklärungs- und Motivationsarbeit.»

Dominieren nicht gerade in der FDP die Männer wie eh und je?



FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry, Horgen ZH.

Vreni Spoerry: «Zahlenmässig schon. Als Kollegen habe ich jedoch die Männer sowohl in

meinem Kanton wie auch in der Fraktion der Bundesversammlung den Frauen gegenüber als aufgeschlossen empfunden.»

Was fasziniert Sie an der Politik?

Vreni Spoerry: «Alles, was man dabei lernt, sowie die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben und die zukünftige Entwicklung unseres Staates mitgestalten zu können.»

Das Selbstbewusstsein der Frauen in der Schweiz ist noch gering. Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja, was lässt sich dagegen tun?

Vreni Spoerry: «Das Selbstbewusstsein der Frauen in der Schweiz ist ohne Zweifel steigend. Dazu tragen die verbesserte Ausbildung und die eige-

nen positiven Erfahrungen im ausserhäuslichen Bereich bei, aber auch der Einfluss, den partnerschaftliche Eltern auf ihre Kinder ausüben.»

Sind Sie für Quotenregelungen?

Vreni Spoerry: «Hier gilt es zu präzisieren. Ich bin gegen eine gesetzlich vorgeschriebene Quotenregelung, welche den Wählerwillen missachtet und Personen nicht auf Grund ihrer Stimmzahlen, sondern auf Grund ihres Geschlechts in Parlamente abordnet. Ich befürworte aber freiwillige Quoten als Zielvorgabe für Wahllisten, auf denen Männer und Frauen angemessen vertreten sind.»

Werden Sie am 14. Juni streiken?

Vreni Spoerry: «Nein.» □

Frau in Bildung und Beruf

Das Frauenstimmrecht, die Verankerung der gleichen Rechte von Frau und Mann in der Bundesverfassung schufen die rechtlichen Grundlagen für eine Besserstellung der Frau in Familie, Bildung, Arbeit und Politik. Wie die Erfahrung zeigt, garantieren die geltenden Rechtsnormen aber noch lange nicht die faktische Gleichstellung von Frau und Mann.

Anita E. Calonder Gerster*

Die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit bleibt eine vordringliche Aufgabe. Das bestätigt erneut der begleitende Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom Dezember 1990 zum Vorentwurf für ein Gleichstellungsgesetz. Er hält fest: dass sich seit der Einführung des neuen Verfassungsartikels insbesondere die tatsächliche Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt wenig verbessert hat. «Die Frage der Chancengleichheit von Frau und Mann auf dem Arbeitsmarkt stellt sich neben der Lohnfestsetzung auch bei der Einstellung,

der Aus- und Weiterbildung, der Förderung der Teilzeitbeschäftigung, der Aufhebung der Segregation des Arbeitsmarktes usw.» (S. 8).

Nicht allen Frauen stellen sich solche Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen entgegen. Für eine steigende Zahl von Frauen entwickeln sich diese Benachteiligungen jedoch zu eigentlichen Problembereichen in ihrer Lebens- und Berufsplanung – für jene Frauen namentlich, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen wollen oder müssen. Wenn die heutigen Trends anhalten, wird künftig jede dritte Frau ledig bleiben, zum Teil auch wegen der Zunahme der Konkubinate, während sich ein Drittel der Ehepaare wieder scheiden lässt – in den städtischen Agglomerationen bereits jedes zweite Ehepaar. Das

bedeutet, dass immer mehr Frauen teilweise oder voll berufstätig sind und immer weniger Frauen für eine lange Zeit oder gar dauernd aus dem Erwerbsleben austreten.

Die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen ist allerdings nicht unmittelbar gleichbedeutend mit einer Verbesserung ihrer Berufsaussichten. Geht man den Ursachen nach, die der Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen im Beruf entgegenstehen, zeigt sich, dass kulturelle und gesellschaftliche Bedingungen und solche der Arbeitswelt die Berufslaufbahn von Frauen ebenso entscheidend mitbestimmen wie die beruflichen Qualifikationen selber. An der Nahtstelle Bildung-Beruf wird besonders deutlich, in welchem Masse geschlechtsspezifische Prägungen und Barrieren die berufliche Besserstellung von Frauen auch heute noch beeinträchtigen.

Einengung

Mit der Wahl von Berufen, die zu den typischen Frauenarbeitsplätzen führen und die kaum einen anspruchsvollen Aufstieg erlauben, engen

Frauen ihre Chancen für eine anspruchsvolle Berufslaufbahn zum vornherein ein. Mehr denn je gehört aber eine qualifizierte Berufsbildung zu den wirksamsten Massnahmen, über die Frauen verfügen, um den Benachteiligungen in der Arbeitswelt durch eigene Initiative entgegenzuwirken. Die Art und das Niveau der Ausbildung, das heisst die in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen, stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung im Beruf, mit den beruflichen Aufstiegs- und Wiedereinstiegschancen.

Das schliesst auch die Weiterbildung ein. Gerade hier aber beginnt das Dilemma der Frauen: Von der Grundausbildung her bringen sie nur beschränkt das notwendige Rüstzeug mit, um den neuen Anforderungen ohne allzuviel Zeitverlust zu genügen. Auf der Weiterbildungsstufe sind sie nur schon deswegen, aber auch wegen zahlreicher weiterer Hürden zum grossen Teil abwesend. Einige solcher «Hindernisbereiche» seien hier herausgegriffen.

Fortsetzung auf Seite 12

*Präsidentin der SVFF-Kommission für politische Ausbildung

Wo bleibt die Frau in unserer Volkswirtschaft?

Schulterklopfen und «ihr macht das wunderbar» vor allem in diesem Jahr (zwanzig Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes) tun gut. Alle, Männer und Frauen, sind sich einig, wir Frauen machen «unsere Sache» gut. Nur: «unsere Sache» wird im (politischen) Alltag meist übersehen und/oder verniedlicht – oft ohne Überlegen oder (böse) Hintergedanken. Wir stellen ein paar Politikerinnen (im Herbst vielleicht sogar mehr als diese mageren 11 und 15 Prozent in Stände- und Nationalrat?), wir leisten fast selbstverständlich unglaublich viel häusliche, soziale und erzieherische Arbeit, halten mit unsern Einkäufen das «grosse Geschäft» am Laufen, verdienen trotz rechtlicher Gleichstellung immer noch bis fünfzig Prozent weniger für vergleichbare Arbeit, bemühen uns um Wiedereinstieg in den Beruf (wenn die Wirtschaft nach uns ruft). Für Bildung, Soziales, Familienfragen ist unsere Meinung gefragt – für die Umsetzung oft weniger. Aber als Wirtschaftsmacht sehen wir uns selber und auch die Männer nicht.

Susanna Fassbind, Hünenberg

Die Leistungen der Frauen werden nicht in bare Münze umgerechnet: Der informelle Sektor ist in unserer Volkswirtschaftsrechnung nicht vorgesehen. Aber er existiert! Binswanger (s. Kasten) beziffert diese Leistungen als gleich gross wie die jetzt bezahlte Arbeit.

«Zum informellen Sektor zählen wir die nicht erwerbswirtschaftliche Mitarbeit in Nonprofit-Organisationen wie Kirchen, Schulen, Hochschulen, Vereinen; die freiwillige Arbeit in Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen und dergleichen; die Eigenarbeit in privaten Haushalten; die Mitarbeit in Bürger- und Verbraucherinitiativen...»

Binswanger, H. C., Frisch H., Nutzinger, H. G.: Arbeit ohne Umweltzerstörung: Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik, Fischer 1988, Seite 160.

Die volkswirtschaftliche Rechnung muss dringend den Realitäten angepasst werden. Leider sprechen Frauen im Rahmen der Zwanzig-Jahr-Feiern auch nicht darüber. Sie drängen sich selber ab oder lassen sich abdrängen in die bekannten «fraulichen» Themen (Bildung, Soziales, Familienfragen) und betrachten diese isoliert und nicht als Aus-

fluss falscher volkswirtschaftlicher Grundlagen. Ernst wird «man» die fraulichen Themen aber erst nehmen, wenn sie beziffert und dann auch bezahlt werden. Der Geldwert für Frauenleistungen muss errechnet, bekanntgemacht und in der Volkswirtschaftsrechnung anerkannt werden. Geld ist die Sprache, die jede(r) versteht. Auch hier genügen Worte nicht.

«Obwohl über die immensen Mängel des Sozialprodukts als Wohlfahrtsmass schon früher und seit einigen Jahren recht intensiv wissenschaftlich diskutiert worden ist, hat die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Praxis hieraus bisher keine erkennbaren Konsequenzen gezogen. Die allgemeine Wirtschaftspolitik, wie aber besonders auch die Energiepolitik sind nach wie vor vom bisherigen Konzept bestimmt und auf dieses ausgerichtet.»

Simonis, Udo Ernst: Ökonomie und Ökologie: Auswege aus einem Konflikt, Karlsruhe 1988, Seite 118.

Den vom Mann «nach Hause gebrachten» Lohn dürfen viele Frauen verwalten (auch ausgeben), aber in Grosshaushalten haben sie wenig bis nichts zu sagen. (Gibt es eine löbliche Ausnahme einer Fi-

nanzdirektorin oder einer Professorin für Ökonomie?) In Industrie und Gewerbe orientiert sich die jetzige Führungsgeneration (mit gewichtigen Ausnahmen, gottlob) wesentlich am Gedankengut und Wissensstand ihrer Universitätszeit in den sechziger und siebziger Jahren (Wirtschaftswachstum) und nicht an den neuen Modellen, die Unsicherheitsfaktoren als unumgänglich und nötig erachten und nicht einfach aus dem Vokabular streichen (wie wenn es sie in einer Zeit höchster Turbulenzen nicht geben würde!).

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaft fördern heisst nicht sie in als veraltet erkannten Strukturen stützen. Echte Wirtschaftsfreundlichkeit und -förderung ist zukunftsorientiertes Handeln: Vernetztes Denken, Abwägen der vielen möglichen Einflüsse auf einen Problembereich und das Einbetten in grössere (globale bis lokale) Zusammenhänge und Zeiträume sind an der vordersten Front der Naturwissenschaften selbstverständlich, für die obersten Führungsetagen grosser Firmen werden Seminare zu diesem Themenkreis veranstaltet.

Aber im Alltag, auch im politischen, wird darüber gern gelächelt – vielleicht aus Verlegenheit oder unbestimmter Angst vor nötigen (Verhaltens-) Änderungen. Frauen sind sich über die Besonderheit des ver-



Susanna Fassbind, Unternehmens- und Umweltberaterin im Kanton Zug, engagiertes FDP-Mitglied, meint, Frauen müssten sich mehr mit volkswirtschaftlichen Grundsatzfragen auseinandersetzen.

«Aber ist die Gesellschaft bereit, den beschäftigungsähnlichen Arbeitsverhältnissen im informellen Sektor einen angemessenen Rang zuzubilligen? Dazu wären nicht Lippenbekenntnisse erforderlich, sondern gesellschaftliches Ansehen und Alimentation.»

Binswanger et al., S. 174

netzten Denkens kaum bewusst, sprechen wenig darüber und fordern es kaum. Sonst müssten wir Frauen uns ja viel mehr für ökonomische Fragen einsetzen: Langzeit-Ökonomie, um unsere Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten und nicht kurzfristig teure Reparaturarbeiten (mit) zu finanzieren. Ich wünsche mir, dass wir Männer und Frauen zusammen wieder so rechnen lernen, dass wir uns nicht mit Fehlverhalten in Wirtschaft und Staat ins Abseits begeben und

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, realisieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-482 62 62

uns und unsern Kindern eine in jeder Beziehung gesunde Zukunft verunmöglichen.

Was soll die FDP tun?

Für eine gesicherte Zukunft der Wirtschaft und des Staatswesens ist «Neue Ökonomie» gefragt und notwendig. Der informelle Sektor muss beziffert und bezahlt werden, die ökologischen Milliarden müssen internalisiert werden – alles andere ist Schummeln und Verschleiern auf Kosten der heutigen Erwerbstätigen in Wirtschaft und Familie und der zukünftigen Generationen.

Was ich mir von der FDP wünsche, ist klar: die breit-angelegte Diskussion – mit

«Der Schaden, der mit dem traditionellen wirtschaftlichen Wachstum entstanden ist und weiter entsteht, lässt sich nicht einfach mit den Mitteln beheben, die aus dem wachsenden Sozialprodukt abgezweigt werden. Erstens versiegt allmählich das Füllhorn des wirtschaftlichen Wachstums. Zweitens können bestimmte Schäden, z. B. die Überbauung und Übernutzung des Bodens, die Verschmutzung von Luft und Wasser mit schwer abbäuerbaren Stoffen... – gar nicht mehr korrigiert werden.»

Binswanger et al., S. 15

konkreten Lösungsvorschlägen über Wert und Verdienst aller Arbeitenden, über zu ändernde wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen, deren Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Gerade die FDP ist traditionsgemäss die Partei, die hier zukunftsweisende Vorschläge und Lösungen erarbeiten könnte – kann, wenn sie sich rasch, kompetent und umfassend mit volkswirtschaftlichen Grundfragen auseinandersetzt.

PS: Das ist alles graue Theorie – aber nur so lange, bis wir Politikerinnen und Politiker Theorien zu Taten machen. □

«Als Beispiel eines relativ weit entwickelten Ansatzes in dieser Richtung seien hier nur die Arbeiten des japanischen Wirtschaftsrates zum Net National Welfare (NNW) genannt. Sie schlagen vor, durch Substraktionen (für Umweltschäden, Umweltinvestitionen, Urbanisierungskosten) von der bzw. durch Addition (für Freizeit, Haushaltungstätigkeit, Infrastruktur) zu den traditionellen Sozialproduktrechnungen die Ermittlung des Wirtschaftsergebnisses qualitativ ausagefähiger zu gestalten.»

(Simonis, Seite 123)

Tag der FDP-Frauen

20 Jahre Frauenstimmrecht, zehn Jahre gleiche Rechte für Mann und Frau

Frauen in einer veränderten Welt

Schwerpunkte für eine aktive Zukunftsgestaltung: Für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Freitag, 24. Mai 1991, 10.15 bis 17.15 Uhr, Ausbildungszentrum Seepark in Thun

Tagungsleitung: Ursula Widmer-Schmid, Bundesrichterin

Programm

STANDORTBESTIMMUNG

Teil I: Wandel der Werte –

Wandel der Lebensgrundlagen

- Gesellschaftlicher Wandel – Herausforderung für Frauen
Prof. Dr. Kurt Lüscher, Universität Konstanz
- Politische Anliegen
in einem veränderten politischen Umfeld
Françoise Saudan, Kantonsrätin, Genf

ZUKUNFTSAUFGABEN:

ERARBEITEN VON LÖSUNGSVORSCHLÄGEN

Teil II: Neue Aufgaben in Bildung, Arbeit, Familie und im Sozialbereich

- Gesellschaftliche Veränderungen – Wie weiter? Fakten und Trends
Anita E. Calonder Gerster, Betriebspsychologin FSP, Zuzikon

Teil III: Politische Wege zu mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

- Gruppe 1: Gesellschaft/Familie
Leitung: *Geneviève Aubry, Nationalrätin*
- Gruppe 2: Arbeitswelt
Leitung: *Lili Nabholz, Nationalrätin*
- Gruppe 3: Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen
Leitung: *Verena Spoerry, Nationalrätin*
Trix Heberlein, Nationalrätin
- Gruppe 4: Bildungswesen
Leitung: *Rosemarie Antille, Nationalrätin*
Susi Eppenberger, Nationalrätin

Teil IV: Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge im Plenum

Ziel

Die Tagungsergebnisse werden in einem Grundsatzdokument zusammengefasst, das als Stellungnahme der FDP-Frauen gilt. Sie dienen als Grundlage für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Anliegen der FDP-Frauen.

Teilnehmerinnen

FDP-Frauen, Parlamentarierinnen, Mandatsträgerinnen auf den Ebenen Bund, Kantone, Gemeinden.

Anmeldetalon

Ich melde mich an für den Tag der FDP-Frauen vom 24. Mai 1991 in Thun

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ _____ Ort _____

Telefon _____

Ich möchte in folgender Gruppe mitarbeiten

1	2	3	4

 oder in zweiter Priorität in der Arbeitsgruppe

1	2	3	4

 (Bitte entsprechende Zahl ankreuzen)

Die Anmeldung ist an folgende Adresse zu senden:
FDP-Generalsekretariat
z. Hd. Frau Marie-Louise Baumann
Postfach 6136, 3000 Bern
Tel. (031) 22 34 38

Anmeldeschluss: 27. April 1991

Fortsetzung von Seite 9

Hürden

Berufstätige Frauen mit Familienpflichten sehen sich dem Widerspruch ausgesetzt, dass sie für die Wirtschaft zwar willkommene Arbeitskräfte sind und mit ihrer Erwerbstätigkeit auch einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, dass aber dieselbe Wirtschaft und Gesellschaft ihre speziellen Bedürfnisse weitgehend ignorieren. Nicht nur schränken männlich geprägte Strukturen und die bestehende traditionelle Arbeitsteilung den Bewegungsspielraum der Frauen zwischen Familienarbeit, Weiterbildung und Berufstätigkeit entscheidend ein. Auch die zur Verfügung stehenden familienergänzenden Infrastrukturen und Betreuungseinrichtungen für Kinder reichen weder quantitativ noch qualitativ aus, wobei Frauen in weniger qualifizierten und schlechter entlohnten Berufen davon in höherem Masse betroffen sind.

Frauen, die nach einer längeren Familienphase die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit planen, stehen vor doppelten Schwierigkeiten. Für eine qualifizierte Berufstätigkeit fehlen den Frauen meist die verlangten Qualifikationen. Gleichzeitig finden sie eine Berufswelt vor, die ihnen in der Regel nicht mehr vertraut ist.

Wenn Frauen eine fehlende Schul- oder Berufsausbildung auf dem zweiten Bildungsweg nachholen wollen oder eine Neuausbildung ins Auge fassen, tauchen zusätzliche Hindernisse auf: Gerade im Bereich der höherqualifizierenden Ausbildung mit anerkanntem Abschluss besteht ein ausgesprochenes Defizit an Angeboten, die das Lernumfeld sowie die Berufs- und Lebensbedingungen der erwachsenen Bildungsinteressierten, insbesondere der Frauen berücksichtigen. Die Vorbereitung auf diese Abschlüsse verlangt entweder eine mehrjährige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oder die Investition der Freizeit während Jahren. Welche Möglichkeiten haben unter diesen Umständen Frauen, sich allenfalls neben Familienpflichten schrittweise zielgerichtet weiterzubilden? Ganz davon zu schweigen, dass zahlreiche der angestrebten Ausbildungswege mit einem erheblichen

finanziellen Aufwand verbunden sind.

Ungenügende Geldmittel erweisen sich denn auch oftmals als eine weitere entscheidende Barriere für den zweiten Bildungsweg. In diesem Zusammenhang sind auch die zu eng gefassten Stipendiengesetze zu erwähnen. Sie schränken die Möglichkeiten gerade jener Frauen ein, die am dringendsten auf eine qualifizierte Weiterbildung angewiesen wären: nämlich Frauen mit ungenügenden beruflichen Qualifikationen und Frauen, die besondere Lebensumstände zu einer Berufsrückkehr zwingen.

Eine grosse Zahl Frauen bilden sich sodann in Institutionen der freien Erwachsenenbildung und in zahlreichen, über die ganze Schweiz verteilten, nicht gewinnstrebigem und gemeinnützigen Organisationen dauernd weiter. Ihre dabei gewonnenen «stillen» Qualifikationen finden jedoch weder in unserem Bildungssystem noch in der Arbeitswelt eine genügende Anerkennung.

Umdenken

Vergegenwärtigt man sich die Gründe, die am Entstehen und an der Verfestigung solcher und anderer geschlechtsspezi-

fischer Ungleichheiten beteiligt sind, wird klar, dass die Förderung der Frau in Bildung und Beruf ein Umdenken in allen Lebensbereichen fordert. Soll den Frauen der Weg zur beruflichen Besserstellung wirkungsvoll geebnet werden, sind Strategien und Interventionen notwendig, die den Lebensbereich Familie, den Lebensbereich Bildung und den Lebensbereich Arbeit gleichermaßen berücksichtigen. In diesem Sinne ist die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann gleicherweise

Fortsetzung auf Seite 13

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511

Fortsetzung von Seite 12

eine bildungspolitische, eine arbeitsmarktpolitische und eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Diese und weitere Fragen im Zusammenhang mit der Situation der Frau in einer veränderten Welt werden die FDP-Frauen anlässlich des «Tags der FDP-Frauen» vom 24. Mai 1991 in Thun mit Experten und in Arbeitsgruppen ausführlich diskutieren (siehe Anmelde-talon auf Seite 11). Die Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen soll dazu beitragen, das politische Bewusstsein zu schärfen, sowie Gelegenheit geben, Schwerpunkte für die Umsetzung der gesellschaftlichen und politischen Anliegen der FDP-Frauen festzulegen. □

Literatur zum Thema

Calonder Gerster A. Zur Situation der erwerbstätigen Frau – Ursachen und Hintergründe der besonderen Probleme bei Berufseintritt, Berufsaufstieg, Berufsunterbrechung und Rückkehr in den Beruf. Beiträge zur Arbeitsmarktpolitik Nr. 1. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Biga. (Hrsg.), EDMZ, Bern 1990.

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: Frauen und Männer – Fakten, Perspektiven, Utopien. Bern 1987.

Höpflinger F., Erni Schneuwly D. (Hrsg.): Weichenstellungen – Lebensformen im Wandel und Lebenslage junger Frauen. Bern, Stuttgart 1989.

Lüscher K., Schultheis F., Wehrspau M. (Hrsg.): Die postmoderne Familie. Universitätsverlag Konstanz GmbH, 1988.

Mantovani Vögeli L.: Nicht Schüler – Mädchen und Knaben werden unterrichtet. Eine Analyse der geschlechtsspezifischen Erziehung in der Schule. In: Primarschule Magazin, Nr. 4, 1989.

Sommer J. H., Höpflinger F.: Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit. Vorstudie Nationales Forschungsprogramm (NFP) 29, 1989.



Die Diskussion drehte sich um die Frau – der Mann (Chams Parteipräsident Peter Büel) war nur optisch im Mittelpunkt. Die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion (v. l. n. r.): Ursula Luginbühl, Susi Frei, Lili Nabholz, Susanna Fassbind, Susi Kuhn und Gaby Grimm. (Photo Oliver Käppeli)

Man(n) fühlte sich relativ allein an der Veranstaltung im Chamer Pfarreiheim. Die Männer im Saal lassen sich – die Organisatoren ausgenommen – an einer Hand abzählen. Das Thema «Zwanzig Jahre Frauenstimmrecht» interessiert vor allem die Frauen. Es geht schliesslich um Frauen, um Frauen und Politik.

Thomas Wyss

Per knallgelbes Flugblatt hatte die Freisinnig-Demokratische Partei Cham (am Zugersee) zur Veranstaltung geladen. Im Mittelpunkt des Abends standen natürlich Frauen, vor allem eine Frau: Lili Nabholz-Heidegger, FDP-Nationalrätin und Dr. iur. aus Zürich. In einem zweiten Teil diskutierten sechs Frauen unter der Leitung eines Mannes (sic!), Chams initiativem Parteipräsidenten Peter Büel, über ihre Erfahrungen in der Politik.

Erfolgreiche Chamer Frauen

Dass dieses Podiumsgespräch gerade in Cham stattfand, kann kein Zufall sein – Wahlergebnisse weisen nämlich darauf hin, dass die gemeindliche Politik Frauen wohlgesonnen ist. Mitte der achtziger Jahre wählten die Chamer Freisinnigen als erste Zuger FDP-Sektion eine Frau, Susi Kuhn-Gassmann, an die Parteispitze. Bereits ein Jahr später wurde sie in die gemeindliche Exekutive gewählt – anstelle eines

Die Frauen und der Männerstaat

bewährten Mannes notabene. Sie leitet seither umsichtig das Polizei- und Feuerwehrewesen und stellt, man möge den Ausdruck entschuldigen, ihren Mann.

Zur gleichen Zeit wie Susi Kuhn wurde ihre Parteikollegin Susi Frei-Schläpfer in den Kantonsrat gewählt und im letzten Herbst glanzvoll, mit dem besten Resultat aller Chamer FDP-Kandidaten, wiedergewählt. Die beiden erfolgreichen Damen nahmen selbstredend ebenfalls an der Podiumsdiskussion teil.

Wenn es um die Wurst geht . . .

Doch zurück zum Eintretensreferat von Lili Nabholz. Sie erinnerte in ihrem Vortrag an die Abstimmung vor zwanzig Jahren und erwähnte unter anderem den Frauenanteil im Nationalrat: magere 14,5 Prozent und auch nach Ansicht der Referentin «keine angemessene Vertretung». Den Grund für diese Untervertretung sieht Frau Nabholz nicht im mangelnden Interesse der Frauen. Man(n) arbeite zwar auch in der Politik gerne mit Frauen zusammen – aber: «Wenn es um die Wurst geht, so bin ich nicht sicher, ob das Interesse der Frauen wirklich gelegen kommt.»

Klare Worte von Lili Nabholz, die auch provokative Fragen stellte: «Haben wir noch immer einen Männerstaat?» Nur zum Teil, sagte die Referentin. Rein quantitativ betrachtet treffe

dies zu. Es gebe jedoch noch einen anderen Ansatz: «Die Frauen sollen nicht nur einfach an der Politik teilnehmen, sondern etwas Eigenes einbringen.» Frauen strebten zum Beispiel oft gefragte ganzheitliche Lösungen an. Das gibt Lili Nabholz Hoffnung: «Die Zeit für einen Wertewandel ist günstig.»

Mangelndes Selbstwertgefühl

Dergestalt motiviert, entwickelte sich nach dem Referat auf dem Podium eine lebhaft Diskussion. Weshalb streichen Wählerinnen Kandidatinnen und geben Männern den Vorzug? Für Lili Nabholz ist das ein Ausdruck von mangelndem Selbstwertgefühl vieler Frauen. Susanna Fassbind, im vergangenen Jahr Regierungsratskandidatin der FDP des Kantons Zug und als Folge des freisinnigen Sitzverlustes nicht gewählt, begründet dies mit «mangelnder Solidarität».

Keine Quotenregelung

Die Runde, der auch die Umweltberaterin Ursula Luginbühl-Wassmer und die Jungliberale Gaby Grimm angehörten, bezog schliesslich zur Frage der Quotenregelung Stellung – negativ. Der Frauenanteil sollte nicht erzwungen werden. Aktive und künftige Zuger Politikerinnen wollen den «Männerstaat» also nicht mit Gesetzen bekämpfen. Man(n) ist beruhigt. □

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite.

Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben. Beiträge im «Freisinn» werden gele-

sen, in der Verwaltung, von Politikern. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Zielsetzungen gründlich verpasst!

Die kürzlich durchgeführte Frauensession ist nicht nur wegen der Hauptexponentin und Organisatorin danebengegangen. Sie ist vor allem auch danebengegangen, weil die Frauenpower-Plattform nicht zum Ausdruck bringen konnte, welche wirkliche Bedeutung der Frau in unserer Gesellschaft tatsächlich zukommt.

Das elitäre Gehabe einiger Frauen schafft eine neue Klassengesellschaft und ein Feindbild, das eher eigenen Frustrationen entspricht als der Realität.

Wie anders kann man sich erklären, dass durch den «derzeit abflauenden Golfkrieg», so der Originalton an der Session, die Frauen dadurch einmal mehr verurteilt seien, die verletzten und durchgedrehten Männer zu pflegen? Als ob es ein weibliches oder ein männliches Völkerrecht gebe. Als ob es eine feminine oder männliche Art gebe, einen Mörder, Despoten und Menschenrechte verachtenden Verbrecher, der in Kuwait kürzlich zahlreiche Frauen hängen liess, das Handwerk zu legen!

Wer hat an all jene Frauen gedacht, die als schweigende Mehrheit in diesem Land, in dieser unserer Gesellschaft, in Stille und ohne Frustrationen unsere Familien in Gang halten, die ohne grosses Aufheben ihre beruflichen und persönlichen Ambitionen zurückstellen und ihren Männern und Kindern soviel geben? Sind das nicht jene Frauen und Mitbürgerinnen, die vorab und vor allem unseren Dank verdienen, weil durch ihr getreues Wirken intakte Familien weni-

ger soziale Strukturen beanspruchen, weil durch die von ihnen geschaffene Geborgenheit Kinder weniger sucht- und drogengefährdet werden, weil ihre bescheidene und nicht-öffentliche Darstellung ihrer Leistungen nicht abstreitbare Basis unserer Gesellschaft sind? Sind das nicht jene Frauen, die getreulich zu Hause durch ihre Hausarbeit mehr Würde ausstrahlen als die Kabarettnummer, mit der im Nationalratssaal im Schunkelstil besenschwingende Frauen als quasi linksgrüne Sauberfrauen ihre danebengeratene Show abzogen und den Raum des Parlamentes in einer provokativen Art entwürdigten?

Wie hat es eine Teilnehmerin etwas überzeichnet, aber richtig ausgedrückt? Es fehlten zu viele einfache Frauen, ein paar robuste Fabrikarbeiterinnen oder krampfaderngelagte Mütter. Also jene, die unseren aufrichtigsten Dank verdient haben, und von denen es auch in unserer FDP noch viele gibt. Besonders gilt der Dank jenen FDP-Frauen, die, in Politik und Gesellschaft engagiert, sich in dieser danebengegangenen Session zurückgehalten haben.

Die verpassten Chancen dieser Frauensession sind korrigierbar. Einmal wenn wir Männer in unserem persönlichsten familiären Umfeld das Jubiläumsjahr zu einem Jahre des Dankes an unsere Frauen machen und zum andern verhindern, dass solchen linksgrünen, orientierungslosen Frauenpolitikerinnen das Feld der Politik ohne Kampf überlassen wird.

Roger Eric Schärer,
Herrliberg

Politischer Weitblick wenig entwickelt

Im «Freisinn» Nr. 2/91 kontert Anna-Marie Kappeler die Attacke von Nationalrätin Eva Segmüller auf die Wirtschaftsverflechtung der Freisinnigen. Das gute Recht der freien Meinungsäusserung sei CVP-Parteipräsidentin Segmüller zugestanden, auch wenn sie sich damit nicht gerade ein gutes Zeugnis holt. Solche Kritik ist aber ein Spiegelbild der Politikultur in der heutigen komplexen Welt. Wo würde es aber hinführen, der CVP Filtz mit der schwarzen Mafia (Chur) vorzuwerfen? Bei allem Respekt vor und aller Liebe zu den Frauen wie auch Anerkennung ihrer Gleichberechtigung – aber konsequent, auch beim AHV-Alter – scheint mir ihr politischer Weitblick mehrheitlich doch noch zuwenig entwickelt.

Der FDP stellt sich gerade in diesem Jahr die grosse Aufgabe, mit wirkungsvollen und überzeugenden PR-Aktionen

darauf hinzuweisen, dass schliesslich eine gesunde und konkurrenzfähige Wirtschaft bester Garant unseres Wohlstandes ist, auch wenn immer mehr irrgläubige Schwärmer an deren Demontage arbeiten und gleichzeitig eine starke Agrarlobby sie in grünem Windschatten immer teurer werden lässt.

Ein Wunsch auch nach Männern mit Mut im Parlament und solchen mit Kraft in der Regierung. Es fehlen uns doch einige Bremis, Blochers und Couchepins.

Nun aber genug der Kritik und beste Wünsche auf ein überzeugendes und erfolgreiches Wahljahr. Nicht Quantität und Grösse ist massgebend, sondern Qualität. Geplauder von Profilsuchenden wird in den kommenden Sessionen genug zu hören sein.

Ludwig Hodel,
Wädenswil

Nicht der Grossvater, der Onkel

Als FDP-Mitglied Bürglen (UR) erhalte ich obiges Parteiorgan. Nicht jede Nummer habe ich mit so grossem Interesse gelesen wie die oben erwähnte Nummer, weil ein interessanter Artikel von meinem Neffen Franz Steinegger abgedruckt ist. Interesse fand auch die Seite 18 mit markanten Sprüchen unter «Mutzli».

In der Eigenschaft als Onkel von Franz stosse ich mich aber an einer «Ungereimtheit» über seinen Grossvater. Es ist nicht zutreffend, dass dieser (also mein Vater) bei der Gotthardbahn Bremser war, sondern in verschiedenen Funktionen als Bahn-, Stations- und Schrankenwärter arbeitete. Dass er ein eifriger FDP-Politiker war, habe ich am eigenen Leib erfahren, und Neffe Franz hat dies anscheinend mit grossem Erfolg «geerbt».

Hingegen war mein Bruder Anton (geb. 1907) einer der letzten «Gotthard-Bremser», bevor er zum Stationsdienst wechselte, aber er hat sich politisch nicht betätigt.

Trotzdem finde ich den Ausspruch von Franz sinnvoll für Leute, die die näheren Umstände nicht kennen.

Alois Steinegger, Bürglen



Lakonisch erzählte FDP-Parteipräsident Franz Steinegger aus seiner Familiengeschichte: «Mein Grossvater war Bremser am Gotthard. Später wurde er Politiker.» Nicht ganz einverstanden mit diesem Spruch ist Onkel Alois.

EG/EWR: Besinnung auf Grundsätzliches nötig

«Niemand weiss, wohin die Reise gehen soll. Weder der Bundesrat noch das Parlament» – meinte vergangene Woche Kommissionspräsident Edgar Oehler anlässlich der Debatte über den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 1990. Wahr ist's!

Raphael Weibel

Herr und Frau Schweizer erleiden gegenwärtig eine herbe Enttäuschung. Mit einem prall gefüllten Koffer voller Erwartungen machten sie sich vor mehr als einem Jahr frohgemut auf die Reise nach Brüssel. Bald einmal wurde offensichtlich, dass unser Gepäck überladen war. Schnaufend und schweren Herzens musste man sich von unnötigem Ballast trennen, um die (allzu) ehrgeizigen Etappenziele gerade noch rechtzeitig zu erreichen. Mittlerweile ist das Köfferchen dünn geworden. Wacker wird an der beschlossenen Reiseroute festgehalten. Den Daheimgebliebenen schickt man fleissig Ansichtskarten und schwärmt darin über die Sehenswürdigkeiten und erlebten Abenteuer. Bildungsreisen sind zurzeit ja wieder in ...

Ernüchterung

Wahrlich, europapolitische Bildung täte uns Schweizern gut. Über vierzig Jahre lang abseits zu stehen, um heute zu glauben, die EG hiesse uns bei erster Gelegenheit mit offenen Armen willkommen, ist blauäugig. Zu meinen, als kleine Schweiz zusammen mit einer dahinschwebenden EFTA plötzlich als gewichtiger Verhandlungspartner der EG auftreten zu können, um ein neues Europegebilde namens EWR zu entwickeln, grenzt an Selbstüberschätzung.

Von Anbeginn war klar, dass nicht wir, sondern die EG die Bedingungen stellt. Auch unsere allerbesten Unterhändler vermochten an dieser Tatsache kaum zu rütteln. «Mitbestimmung» und «Gleichberechtigung» sind Begriffe, die bei den EG-Gewaltigen auf taube Ohren stiessen. Die EG will ein

homogenes Ganzes sein, wirtschaftlich, politisch und bald wohl auch sicherheitspolitisch.

Die Realität wirkt auf uns ernüchternd. Verfliegen ist die anfängliche Freude. Nur der Bundesrat hält wie das tapfere Schneiderlein an seinem ursprünglichen Bild der Schweiz in Europa fest.

Kompromiss

Dass die helvetische «Fünfer- und-Weggli»-Diplomatie auf internationalem Parkett ein für allemal ausgedient hat, dürfte wohl heute auch dem Hintersten klargeworden sein. Wir Schweizer – Meister der innenpolitischen Kompromisse – sollten eigentlich allzugen wissen, dass nur Abstriche an den eigenen Wunschvorstellungen zum Ziele führen. Und der EWR ist ein solcher Kompromiss, von der EG halbherzig und eher widerwillig zugestanden, von den EFTA-Staaten heroisch erkämpft, wobei der Schweiz die ehrenvolle Rolle des Winkelried zufiel.

Was haben wir bisher erreicht? Eigentlich recht viel angesichts unserer schwächeren Verhandlungsposition: Mitsprache im EWR-Ministerrat, ein Veto-Recht im gemeinsamen EWR-Organ, verschiedene Schutzklauseln sowie die Anerkennung strengerer Normen in Umweltschutz und Gesundheitswesen, ein Vorschlagsrecht und die Einigung über 1400 Rechtsakte des «acquis communautaire». Offene Fragen bleiben im Bereich der Landwirtschaft – eines unserer goldenen Kälber – sowie des Transits.

SP wittert Morgenluft

Als Linsengericht, für welches die Demokratie geopfert werde, betitelte der grüne Nationalrat Hans Schmid das Erreichte und forderte in Fundamentalistenmanier vorab eine



Raphael Weibel ist Mitglied des Zentralvorstandes der Jungliberalen Bewegung und des Sicherheitspolitischen Ausschusses der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz.

humane, ökologische Politik. Die Ökonomie müsse hintanstehen.

Die SP wittert Morgenluft, indem sie sich als EG-Patriot zu profilieren und innerstaatliche Reformen im Sozial- und Umweltbereich zu erzwingen versucht. Die Schweiz müsse retten, was noch zu retten sei. Gleichzeitig möchte die SP die EG «demokratisieren» – ein Unterfangen, das vor Naivität trieft.

Warnung vor Euphorie

Und die Bürgerlichen? Sie warnen plötzlich vor der Europa-Euphorie. Die EWR-Verhandlungen müssten zunächst zu Ende geführt werden. Es sei immer noch möglich, einen guten Vertrag zu erreichen. Wichtig sei, unserer Verhandlungsdelegation den Rücken zu stärken. Sollte das Vertragswerk schliesslich den wichtigsten Interessen der Schweiz widersprechen, so wäre es abzulehnen. Wer aber heute schon nach EG-Beitritts-Verhandlungen rufe, der werde zum EWR-Meuchelmörder.

Verkennung der Realität

Desillusioniert und mit Blasen an den Füßen stellen Herr und Frau Schweizer ihr Köfferchen an den Strassenrand. Den erwarteten roten Teppich zum Empfang in Brüssel suchten sie bisher vergebens. Ob der

EWR nicht endgültig zur Totgeburt verkommt und ein EG-Beitritt schliesslich doch noch günstiger erscheint, wird sich sehr bald weisen. Das Dumme daran ist nur, dass uns die Zeit wieder einmal mehr davonzurennen scheint. Bildungsreisen sind heilsam. Sie wirken horizontweiternd und ermöglichen, die eigene Situation selbstkritisch zu überdenken. Sind wir doch ehrlich genug, uns einzugestehen, die Realität in Europa verkannt zu haben.

Besinnung auf Grundsätzliches

Wir Schweizer fühlen uns herausgefordert, wollen am neuen Europa mitgestalten. Geduld, Anpassungsfähigkeit und Zuvorsicht werden dabei ebenso unsere Weggefährten sein wie die Gabe, schmerzliche Enttäuschungen ohne Gram wegzustecken. Was uns allerdings bis heute fehlt, ist die Kraft und Fähigkeit, konsensfähige Leitideen über unsere Zukunft zu entwickeln. Wohin wollen wir? Was soll erreicht werden? Zusammen mit einer realistischen Einschätzung der Lage bieten diese Zielvorgaben Gewähr dafür, ohne übermässigen Zeitdruck Entscheidungen mit weitreichenden Folgen – wie beispielsweise ein EG-Beitritt – treffen zu können.

Der schweizerische Föderalismus und die bisher praktizierte Idee der Rechtsstaatlichkeit erweisen sich angesichts der übernationalen Problematik als Institutionen, welche zeitgemässes Handeln verunmöglichen. Die Schweiz, einst leuchtendes Beispiel für die übrige Staatenwelt, droht, von ihrem Glanz zu verlieren.

In Zeiten des weltweiten Wandels der wirtschaftlichen und politischen Strukturen sollten wir uns vor allem auf Grundsätzliches besinnen. Wer allerdings beinahe gleich lang darüber debattiert, ob inskünftig Spielfilme durch Werbung unterbrochen werden dürfen, wie darüber, welche Art von Integration die Schweiz in Europa anstrebt, dem fehlt leider der Blick fürs Wesentliche. □

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz beschloss bereits im vergangenen Jahr einstimmig, die Euro-Initiative aktiv zu unterstützen.

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt Bodensted

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

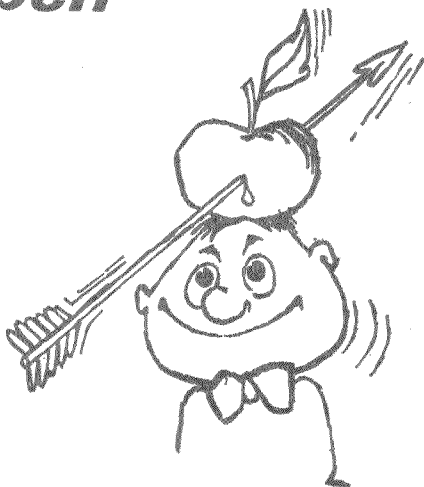
Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wuibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

**St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG**
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)



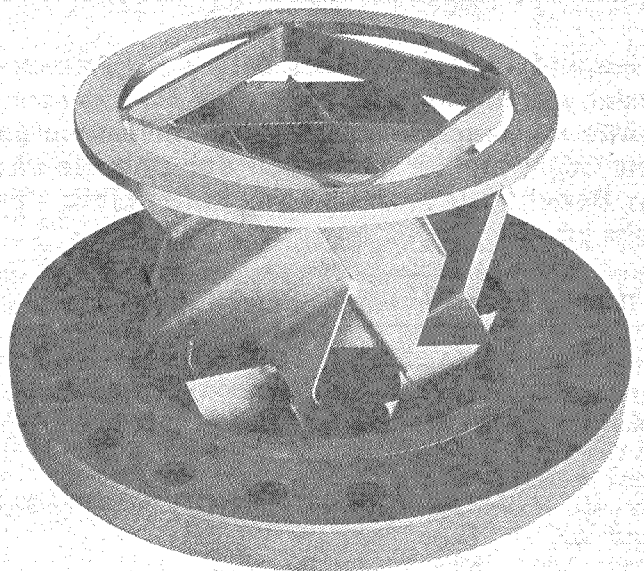
SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Gezielt Werben ofa



KBA

Brennt Öl mit Wasser besser?

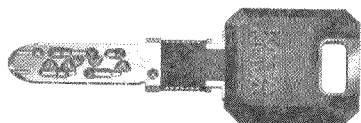


Ja, indem wir 6-8% Wasser ins Öl eindispersieren. Dank den explosionsartig verdampfenden Wassertropfen zerstäubt das Öl besser, wodurch es der Verbrennungsluft eine grössere Angriffsfläche bietet und entsprechend besser verbrennt. Allerdings muss das Wasser möglichst gleichmässig im Öl verteilt sein. Und das erreichen wir mit statischen Mischern aus dem Produktbereich Sulzer-Chemtech. Oder sie helfen auch umweltbelastende Schadstoffe zu eliminieren – zum Beispiel Rauchgas zu entstickern, Abgase zu waschen und Abwasser zu reinigen.

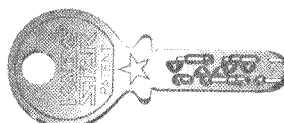
In irgendeiner Form können wir auch Ihnen nützlich sein – ob mit unserer Forschungstätigkeit, unseren Produkten, unseren Installationen oder unseren Arbeitsplätzen.

SULZER®
Wir dienen vielen. Mit vielem.

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 6111, Fax 01/931 63 85

KABA®

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich

für die Redaktion:
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalparteien die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdzeitungen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Veranstaltung

FDP-Parteitag 1991

Freitag, 26. April 1991

14.30 Uhr **Delegiertenversammlung im Kongresszentrum Eurotel, Grand Places 14**
Zielsetzung 91/95

Beratung und Verabschiedung

19.30 Apéritif

20.00 **Unterhaltungsabend der FDP Freiburg**
im Comptoir de Fribourg

Samstag, 27. April 1991

9.00 Uhr **Delegiertenversammlung im Kongresszentrum Eurotel, Grand Places 14**
Statutarische Geschäfte.

Zielsetzungen 91/95 (Fortsetzung)

12.45 Mittagspause

14.00 **Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 2. Juni 1991:**

– Neue Bundesfinanzordnung

– Revision des Militärstrafgesetzes

ca. 17.00 Apéritif

Zum Parteitag sind alle FDP-Mitglieder eingeladen.

Anmeldetalon für den Parteitag 1991

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Ich wünsche eine Zimmerreservation.

Talon einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern,
Tel. (031) 22 34 38.

Warum steigen und sinken die Zinsen?

Walter Rüegg, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Volksbank, antwortet auf aktuelle Fragen.



Woher kommen eigentlich die hohen Zinsen?

Die Zinsen sind, wie jeder Preis, von Angebot und Nachfrage abhängig. Wenn also das Geld knapp ist, so wie jetzt, dann sind die Zinsen hoch. Und zwar alle Zinsen, der Sparzins ebenso wie der Kredit- und Hypothekenzins, weil alle Zinsen untrennbar zusammen-

hängen. Knapp heisst teuer, auch beim Geld.

Und warum ist das Geld knapp?

Weil die Schweizerische Nationalbank die umlaufende Geldmenge beschränkt. Das tut sie nicht aus Willkür. Die Nationalbank hat nämlich für möglichst stabile Preise zu sorgen. Sie muss also die Inflation bekämpfen. Wie Sie wissen, hat 1990 die Jahresteuern in der Schweiz 5,4 Prozent erreicht. Das ist zu hoch. Deshalb beschränkt die Nationalbank die Geldmenge, mit der Folge, dass das Geld knapper und teurer wird. Das heisst, die Zinsen steigen.

Wie sollen denn steigende Zinsen die Inflation senken?

«Über 5 Prozent Teuerung, das ist zu hoch.»

Weil das Geld knapp und teuer ist, werden geplante Investitionen der Wirtschaft auf später verschoben. Das bremst die Nachfrage nach Investitionsgütern. Folglich wird die Produktion gedrosselt. Man

beginnt sich Sorgen um die Vollbeschäftigung zu machen. Darum wird das Geld zurückhaltender ausgegeben und zur Vorsorge wieder mehr gespart. Damit geht auch die Nachfrage nach Konsumgütern zurück. Um sie

«Auch die Banken haben lieber niedrige Zinsen.»

wieder in Gang zu bringen, muss die Wirtschaft die Preise senken oder zumindest stabil halten. Die Inflation wird gestoppt. Dieser Mechanismus funktioniert, aber er braucht Zeit. Darum müssen wir im Augenblick mit den unangenehmen Folgen des knappen Geldes leben. Das ist hart, liegt aber im Interesse unserer Zukunft.

Haben denn die Banken auch ein Interesse an stabilen Preisen und tiefen Zinsen?

Ja. Inflation heisst ja nichts anderes, als dass man für denselben Betrag heute weniger bekommt als gestern und morgen weniger als heute. Das Geld ist also immer weniger wert. Stabile Preise, stabile und niedrige Zinsen nützen deshalb uns allen.

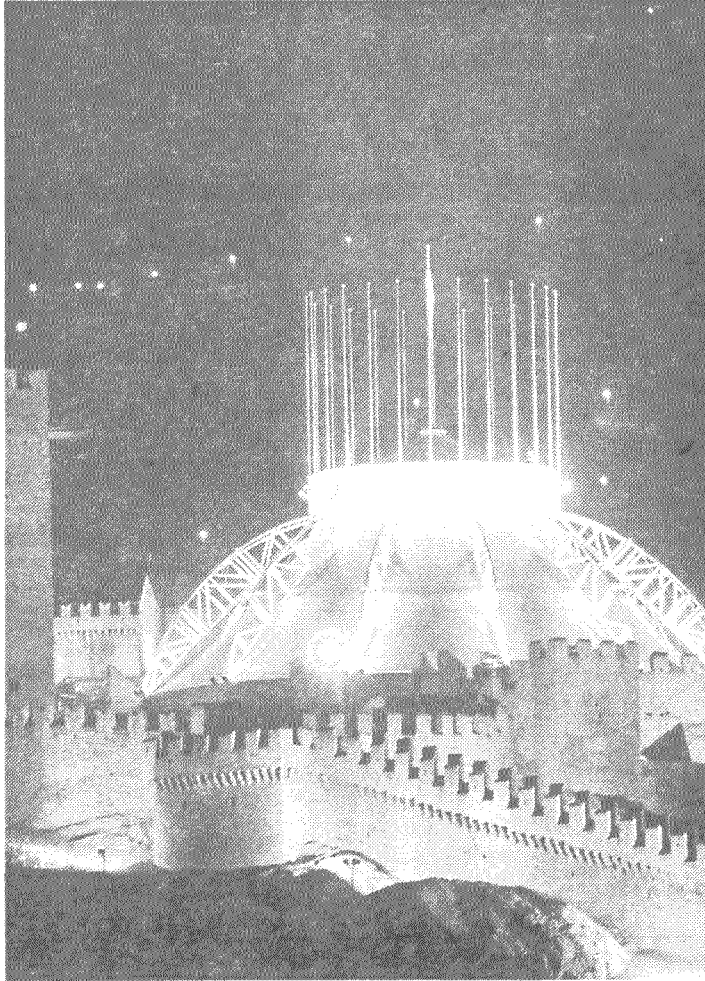
Aber wer sagt uns, dass die Zinsen wieder hinuntergehen?

Im Laufe der Jahre sind die Zinsen je nach Wirtschaftslage gestiegen und gesunken. Wenn die Inflation unter Kontrolle ist und die Nationalbank ihre restriktive Geldpolitik lockern kann, wenn also das Geld weniger knapp ist, dann ist es ein immer wieder bestätigtes Gesetz der Wirtschaft, dass die Zinsen sinken. Dr. Markus Lusser, der Direktoriums-Präsident der Schweizerischen Nationalbank, sagt deshalb zu Recht: «Eine niedrige Teuerung wird wieder zu niedrige-

«Niedrigere Teuerung führt zu tieferen Zinsen.»

ren Zinsen führen.» Die Schweizer Banken sind von der Richtigkeit dieser Meinung überzeugt. Darum tragen sie die Politik der Nationalbank mit.

EINE INFORMATION
DER SCHWEIZERISCHEN
BANKIERVEREINIGUNG.



Was soll mit dem Botta-Zelt nach 1991 geschehen?

Die im Titel aufgeworfene Frage ist diesmal eigentlich keine richtige Quizfrage, da die Antwort noch keinesfalls feststeht. Ein Vorschlag, was mit dem Botta-Zelt nach 1991 geschehen soll, liegt allerdings auf dem Tisch, und der Bundesrat wird dazu Stellung nehmen müssen. Die richtige Quizfrage könnte lauten: Wer hat welchen Vorschlag eingereicht? Wir gehen aber noch weiter und fragen Sie, lieber Leser, liebe Leserin, was Sie zu diesem Vorschlag meinen. Wie immer freut sich die Redaktion des «Freisinn» auf eine Antwort.

Der Bund soll das Botta-Zelt nach den Ferienlichkeiten zum 70-jährigen Geburtstag unseres Landes-Institutionen wie beispielsweise der Pro Helvetia kostenlos als mobilen europäischen Kulturbegegnungsraum zur Verfügung stellen. Dies regeln freisinnige Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter der Federführung von FDP-Nationalrat Francois Loeb (BE) in einem Postulat an. In der Begründung für ihren Vorstoss führen die FDP-Politiker aus, dass gerade die Schweiz mit ihren vielfältigen Kulturen Impulse über die Sprach- und Landesgrenzen hinaus auslösen kann. Einerseits soll es darum gehen, kulturelle Begegnungen innerhalb Europas zu erleichtern und andererseits, schweizerisches Kulturschaffen in den europäischen Raum zu tragen. Die Freisinnigen laden den Bundesrat ein, mit dem Botta-Zelt als Kulturbegegnungsraum einen aktiven, kreativen Beitrag zur europäischen Integration zu leisten.

Antwort

Mutzli

In einer Diskussion meinte FDP-Fraktionspräsident Pascal Couchepin (VS), der Bundesrat müsse nicht dem Volk, sondern dem Parlament gefallen. Worauf Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz trocken einwarf: «C'est difficile!»

Wie definiert Bundesrat Kaspar Villiger Teamarbeit? Jeder macht, was er will; keiner macht, was er soll; aber alle machen mit.

Als Bundesrat Adolf Ogi das Aktionsprogramm «Energie 2000» der Presse vorstellte, sagte er unter anderem, er werde das Aktionsprogramm persönlich engagiert begleiten. Als die Presse dann Fragen stellen konnte, meldete sich TV-Bundeshauskorrespondent Norbert Hochreutener in seiner gewohnt seriösen Art: «Heisst das, Herr Bundesrat Ogi, dass Sie bis ins Jahr 2000 Bundesrat bleiben werden?»

Eine politisch sehr gewagte Verbindung stellt FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE) her, als er bei der Besprechung der Neat-Vorlage in der Fraktion plötzlich von Bodenhalter sprach. Kühn hatte er in der Hitze des Gefechts den konservativen CVP-Nationalrat Paul Schmidhalter und den neulinken SP-Parteipräsidenten Peter Bodenmann zusammengefügt. Immerhin, Gemeinsamkeiten lassen sich finden, sowohl Schmidhalter als auch Bodenmann sind Walliser, beide wohnen in Brig, und beide waren schliesslich in der Kommission, die die Neat-Vorlage behandelte.

Gleich zweimal gefordert war im Nationalrat schon in der ersten Woche der Frühjahrs-session der Stichentscheid des Präsidenten. Ulrich Bremi (FDP/ZH) scheint das allmählich zu gefallen. Ironisch meinte er, er werde es bald eine Zustimmung finden, sollte das Parlament ohne ihn entscheiden. Beim erstenmal wurde er davon allerdings überrascht. Bei offenem Mikrofon flüsterte er in den Saal: «Worum geht es überhaupt?» Nach einer Minute hörte man ihn dann aber wieder trocken und fest, seine

Stichentscheidkompetenz auskostend, sagen: «Das Ergebnis lautet 45 zu 45. Sie haben gar nichts beschlossen. Ich stimme für Ablehnung der Motion.»

Ungern nur erzählt Mutzi folgende Geschichte: In einer persönlichen Erklärung stiess sich Jean-Pierre Bonny (FDP/BE) im Nationalrat daran, dass Ratskollegin Verena Grendelmeier (LdU/ZH) als Fernsehmitarbeiterin beim Radio- und Fernsehgesetz in der Frage der Rekursmöglichkeit von UBI-Entscheiden ans Bundesgericht als erste das Begehren um Namensaufruf unterzeichnet habe. Bonny meinte, es gebe offenbar auch einen Filz zwischen Politik und SRG. So weit, so gut. Was aber sagte daraufhin Verena Grendelmeier zu Jean-Pierre Bonny in der Wandelhalle? – Sie titulierte ihn wütend mit A...loch. Zufällig stand Jean Ziegler (SP/GE) in der Nähe, der gewiss im Parlament schon manchen Strauss ausfechten musste und das Heu nicht auf der gleichen Bühne wie Bonny hat. Dennoch, so miteinander geredet hätten sie noch nie, meinten beide Herren leicht verstört.

Mit dem Beginn der Frühjahrs-session brechen für viele Beamte des Bundeshauses wieder interessante Zeiten an: Nicht die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind es, die interessieren, sondern die ihnen gratis und franko ins Bundeshaus gelieferten Zeitungen und Zeitschriften. So pilgern denn in diesen Sessionswochen jeden Morgen offenbar unterbeschäftigte Beamte ins Parlament, um sich kräftig mit Gratislektüre zu versorgen.

«Der Bundesrat schwankte praktisch ohne Ausnahme», rapportierte Nationalrat Jean-Pierre Bonny (FDP/BE) über die Alpentransitvorlage, um fortzufahren, «auf die Linie der Kommissionsmehrheit ein.» Schwenken, schwanken – deutsche Sprach, schwere Sprach.

«Unser Land ist alles andere als in Hochform», registrierte skeptisch der Berner Politiker Jean-Pierre Bonny (FDP).



WENN FRAU WILL, STEHT ALLES STILL!

EG 92 – Herausforderung für das Gewerbe

Arthur Bürki, Präsident des Gewerbeverbandes der Stadt St. Gallen, äussert sich über Chancen und Risiken einer europäischen Integrationspolitik aus Sicht des Gewerbes.

○ Arthur Bürki

Es ist unbestritten, dass die Grossbetriebe wesentlich mehr Spielraum im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Integration in Europa haben. Sie sind schon seit längerer Zeit mit Tochtergesellschaften im europäischen Raum vertreten und haben das Problem einer allfällig notwendig werdenden Produktionsverlagerung wenn nicht gelöst, so zumindest vorbereitet. Es ist ebenso unbestritten, dass immer mehr Industriebetriebe in unserem Lande dazu übergehen, ihre Produktionsstätten ins billigere Ausland zu verlegen.

97 Prozent aller Betriebe in der Schweiz sind sogenannte Klein- und Mittelbetriebe. Der grösste Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung findet ihr Auskommen in diesen Betrieben. Für diese Unternehmungen ist die Ausgangslage EG 92 aus verschiedenen Gründen (Marktmacht, Erfahrung, finanzieller und organisatorischer Aufwand zur Kontrolle entfernter Tochtergesellschaften) weit schwieriger. Vor diesem Gegensatz zwischen Industrie und Gewerbe eine interne Front aufzubauen wäre allerdings völlig falsch. Das Gewerbe ist vielerorts Zulieferer der Industrie; wenn es der Industrie gut geht, geht es auch den Klein- und Mittelbetrieben wirtschaftlich gut. Die schwierige Situation der Klein- und Mittelbetriebe ist kein Grund zur Resignation. Sie sind – zumindest zum grossen Teil – beweglicher und können rascher auf Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen reagieren als Grossbetriebe. Zudem



Arthur Bürki: «Ein EG-Beitritt ist zurzeit nicht denkbar ...»

ist im Rahmen der ganzen Diskussion um Europa auch nicht zu vergessen, dass für viele Klein- und Mittelbetriebe der Absatzmarkt vor allem im Inland liegt. Die Vorteile des Produktionsstandortes Schweiz, wie Qualität und individuelle Massarbeit, das hohe wertschöpfende Know-how usw., dürfen dabei ebenfalls nicht ausser acht gelassen werden.

EG-Beitritt im Moment nicht denkbar

Die EG präsentiert sich heute als zentralistisch organisierte, supranationale Macht, die mit unserer Auffassung von direkter Demokratie und föderalistischer Ordnung wenig gemeinsam hat. Glücklicherweise sind auch im Rahmen der EG konkrete Anzeichen vorhanden, dass man diesen Zentralismus sozialistisch-französischer Prägung nicht überall akzeptiert. Zumindest im europäischen Parlament sind Anzeichen erkennbar, dass man ein Europa der Regionen und Staaten und nicht ein zentralistisches Europa als Zielsetzung anstrebt. Die heute dominante EG-Kommission hat sich allerdings dieser Tendenz bisher vehement verschlossen.

Im Moment wäre ein EG-Beitritt der Schweiz auch unvereinbar in für uns zentra-

len Fragen wie z. B. der Landwirtschafts-, der Fremdarbeiter- und der Verkehrspolitik. Er ist zudem nicht realistisch, weil die EG selbst weitere Aufnahmen vor 1992 abgelehnt hat. Dieser ablehnende Standpunkt ist eine momentane Bestandaufnahme. Damit ist auch dargelegt, dass dieser ablehnende Standpunkt auf Grund der ungewissen EG-Entwicklung einer periodischen Überprüfung bedarf. Sicher ist nur eines; die auf politischem Gebiet betriebene Hektik ist deplaciert. Die ganze Frage mit mehr Ruhe und vor allem mit mehr Sorgfalt anzugehen ist ein dringendes Gebot der Stunde.

EWR – eine Totgeburt?

Die Berichterstattung über die laufenden EWR-Verhandlungen bringen täglich Neues und wenig Erfreuliches! Aber auch hier gilt, dass eine endgültige Beurteilung erst dann möglich ist, wenn konkrete Verhandlungsergebnisse vorliegen. Der Schweizerische Gewerbeverband hat seine Eckwerte für die Verhandlungen zu einem EWR-Vertrag bereits seit längerer Zeit definiert. So haben wir dargelegt, dass wir weiterhin an der Kontingentierung und am Saisonierstatut in der Ausländerpolitik festhalten.

Auch wenn rein wirtschaftlich gesehen eine Öffnung der Märkte sinnvoll wäre, darf am Stabilisierungsziel in der Ausländerpolitik nicht gerüttelt werden.

Bei der vorgesehenen Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens müssen die Kantone und Gemeinden weiterhin das Recht behalten, eine eigenständige Submissionspolitik zu betreiben. Alles andere ist unter dem Titel «sinnloser Zentralismus» abzulehnen.

Der «Alleingang» als Ausweg?

Hier bewegen wir uns noch viel mehr auf dem Gebiet der Hypothesen. Ein Alleingang würde ja bedeuten, dass die Schweiz nicht der EG beiträgt und auch ein EWR-Vertrag, also ein Europäischer Wirtschaftsraum, nicht zustande kommt. Sicher würde ein vermehrter faktischer Zwang zum Nachvollzug von EG-Recht entstehen. Die effektiven wirtschaftlichen Konsequenzen sind wenig absehbar, doch dürfte unbestritten sein, dass wir wesentlich härteren Zeiten entgegengehen würden. Die Schweiz müsste in einem solchen Fall weiterhin versuchen, durch vorausschauende, aktive und ausgewogene Europa- und Integrationspolitik ihre Beziehungen zur EG schrittweise zu vertiefen, um die Abschottung unserer Wirtschaft zum EG-Binnenmarkt zu vermeiden. Für mich persönlich ist der Alleingang keine valable Lösung. Im heutigen wirtschaftlichen und politischen Umfeld kann es nicht darum gehen, die Visiere herunterzulassen, die Tore hochzuziehen und sich einzugelen.

Der beste Trumpf für die schweizerische Wirtschaft sind und bleiben auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich. Dazu sind gedeihliche schweizerische Rahmenbedingungen nötig.

Und schliesslich gilt es auch in einem harten Verhandlungsklima, kühlen Kopf zu bewahren. Die vielfach künstlich produzierte Hektik darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EG selbst intern grosse Probleme zu bewältigen hat. Diese werden auch nicht von einem auf den anderen Tag gelöst. □